

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 2,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk. für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die festgelegte Anzeigen- oder deren Raum 50 Pf. für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungs- und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 22. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Politische Briefe aus Petersburg.

(Von unserem Korrespondenten.)

Die Reichsduma.

II.

Die Gruppe der Landleute hat ebenfalls die Absicht, ein Manifest an das Volk zu veröffentlichen.

Unter dem Drange der Arbeiter- und der Arbeitsgruppe, unter dem Druck der Volksmassen wird die Reichsduma gezwungen sein, über kurz oder lang sich ans Volk mit einem Aufrufe zu wenden, der eine formelle Einigung der Duma mit dem Volke anbahnen und diesem zeigen wird, daß die Duma allein in ihm die Garantie eines Erfolges im Befreiungskampfe sieht.

Noch wird in der Duma die Agrarfrage erörtert: 130 Redner haben sich zum Worte gemeldet. Man kann wohl ohne weiteres behaupten, daß hier jene Klassegegensätze noch schärfer und klarer hervortreten dürften, welche die scheinbare Einigkeit der Duma verzerren und die Position der demokratischen Elemente verstärken werden.

Später werden wir uns über diese Debatten weiter unterhalten. Für heute wenden wir uns der Frage nach der Stimmung außerhalb der Duma zu.

Trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten gelingt es den Arbeitern, nicht nur in Petersburg, sondern auch in anderen großen Städten kolossale Versammlungen abzuhalten, in denen lebhaft über die gegenwärtige Lage debattiert wird. Besonders ist das natürlich in der Hauptstadt der Fall, wo vor Beginn oder nach Schluß der Arbeit sozialdemokratische Agitatoren sich in die Fabriken schleichen und improvisierte Versammlungen abhalten.

Jetzt wird fast überall folgende Resolution des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands besprochen und angenommen:

„Wir, Arbeiter der R... schen Fabrik, sind nach Erörterung der politischen Lage zu dem Schlusse gekommen, daß: 1. die Regierung in ihrer der Duma vorgelesenen Erklärung deutlich gesagt hat, daß, solange die Macht in ihren Händen verbleibe, die Volksforderungen als unerfüllbar betrachtet würden und daß es weder Freiheit noch Rechte, weder Land noch Amnestie geben werde; 2. daß die Regierung durch die Aufrechterhaltung aller Ausnahmegerichte, Kriegsgerichte, Hinrichtungen, Strafexpeditionen, Vorbereitung von Revolten, Unterbindung der Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlung und Vereinigung offenbar macht, daß sie allen Versprechungen des Manifestes vom 17. (30.) Oktober zum Trotz das Land nach wie vor räuberisch und willkürlich verwalten will.“

Dies in Betracht ziehend und für die Einberufung einer allgemeinen Verfassungsversammlung kämpfend, welche allein die Grundgesetze feststellen kann, die dem ganzen Volke die Freiheit garantieren, erklären wir, daß in diesem Kampfe kein wirklicher Schritt nach vorwärts möglich ist, solange die Macht in den Händen der Hofelike und des von ihr ernannten Ministeriums verbleibt. In Anbetracht dessen werden wir:

1. Die Duma in allen ihren Schritten unterstützen, die auf den Sturz des heutigen Ministeriums und auf die Ernennung eines von der Duma abhängigen Ministeriums gerichtet sein werden, da wir in diesem Wechsel einen die Einberufung der Konstituante fördernden Umstand sehen;

2. von der Duma verlangen, daß sie die Volksforderungen energisch verteidige und angesichts des ganzen Volkes die Verbrennen bloß lege, die die Regierung seit dem 17. (30.) Oktober begehrt hat und bis jetzt noch allseitig begehrt.

3. Das Manifest der Arbeiterabgeordneten der Reichsduma an das Proletariat begrüßend, legen wir ihnen die Pflicht auf, dahin zu streben, daß die Duma ihren Kampf gegen die Regierung in enger Fühlung mit den Volksmassen führe.“

Es ist unmöglich, über alle Meetings und Versammlungen in St. Petersburg zu berichten. Wir können nur sagen, daß die Duma schon eine ungeheure revolutionierende Rolle gespielt hat und daß diese ihre Rolle sich immer mehr entwickeln wird. Die Arbeiterabgeordneten treten fast täglich in diesen Versammlungen auf und haben großen Erfolg.

Aber auch von der Arbeiterklasse ganz abgesehen, müssen wir auf die revolutionierende Rolle hinweisen, welche die Duma bezüglich der anderen Volksschichten spielt. Die Duma wird geradezu überschüttet mit Depeschen, Bitten, Forderungen usw., die von allen Ecken und Enden Rußlands zusammenströmen. Ihre letzten Großen tramen die Bauern zusammen, um Voten („Chodoki“) an die Duma zu schicken, die der Bauern Leiden darlegen müssen. Die Duma ist das Zentrum aller Wünsche, aller Hoffnungen. Die herrschende Clique sieht das alles, und da sie es nicht sieht, so wagt sie nicht das ihr verhasste Institut auseinanderzulassen. Die Vertreibung der Reichsduma würde einen bisher in der Geschichte unbekanntem Ausbruch des Volkszornes hervorrufen.

Als charakteristisches Beispiel dafür, wie lebhaft man sich für alles interessiert, was in der Duma und selbst im Reichsrat geschieht, zitiere ich einen Brief der Sewastopoler Soldaten an den Bischof Antony. Der Brief ist in den Zeitungen erschienen und war die Antwort auf Antonys unwürdiges Eintreten gegen die Amnestie. Das Schreiben lautet:

Vater Antony!

Wir, Soldaten der Sewastopoler Garnison, erblicken aus den Zeitungen und Depeschen Eure Tätigkeit im Reichsrat. Da der Bischof des Volkes keine Pflicht, seine Pastorentätigkeit verkennt, so halten wir, Soldaten der Sewastopoler Garnison, es für unsere Pflicht, Sie, Vater Antony, sozusagen zu rügen,

Erstens haben wir aus den Depeschen und Zeitungen erfahren, daß im Reichsrat die Frage der Amnestie behandelt wurde und daß Sie, Vater Antony, sich als besten eifrigen Gegner erklärt haben. Sie haben ausgerufen: „Und sollte sich mein Bruder im Gefängnis oder auf Zwangsarbeit befinden, auch dann würde ich mich gegen die Amnestie aussprechen!“ — Wir Soldaten können Sie wirklich nicht verstehen. Christus lehrte, wir wären alle Brüder. Und seine Stellvertreter auf Erden, Sie z. B., Vater Antony, teilen die Menschen in Kategorien ein: sozusagen in eigene und fremde Brüder. Wollen wir annehmen, Vater Antony, daß Sie nicht wußten, was Sie sagten. Wollen wir annehmen, daß Sie einen Bruder und einen Sohn haben, denen Sie besonders Glück wünschen. Sind denn Ihre Handlungen nicht die eines Heiden? Lesen Sie doch das Ev. Math. V, 47 durch!

Nein, Vater! Christus hat schon von Ihnen geredet — Ev. Math. VII, 15 — Sie gleichen wirklich einem reißenden Wolfe im Schafschleide.

Sie gleichen jenen Pharisäern, von denen das Ev. Math. XXIII redet. Nur muß man hier in Vers 35 eine kleine Verbesserung einführen, so z. B. sagen: Von dem Blut an des gerechten Adel bis aufs Blut Deutnants Schmidt, des Kämpfers für die Freiheit!

Ist es je erhört, daß derjenige, der Gleichheit, Brüderlichkeit, Vergebung, Frieden und Gerechtigkeit predigen soll, als Hemmer der heiligen Sache erscheine?

Nein! Bisher glaubten wir Ihnen als dem Diener des milden, liebevollen Christus, jetzt aber haben wir verstanden, was Sie eigentlich sind. Sie sind einer jener blinden Blindenleiter, von denen der Erlöser Ev. Math. XV, 14 spricht.

Die aber, welche wirkliche Führer waren, welche wirklich die Ideen Christi predigten, die sind jetzt in Gefängnisse geworfen, manche darunter haben Sie selber durch Ihre Heuchelei vernichtet. Gebt uns denn wenigstens diejenigen zurück, die von Euer Grausamkeit noch verschont geblieben sind.

Gebt uns unsere echten Führer zurück! Heulend! Stört wenigstens die heilige Sache nicht, die Ihr selbst nicht zu predigen vermagt.

Blah der heiligen Sache, ehe es zu spät wird!
 Delegierte der Soldaten der Sewastopoler Garnison.
 (Folgen Unterschriften.)

Dieser Brief, der unter anderem die Stimmung der Armee charakterisiert, ist nicht eine einzelne Erscheinung, und man braucht kein großer Prophet zu sein, um zu verkünden, daß die Bajonette, die jetzt nur noch mit Mühe gegen vereinzelte Streikende gerichtet werden konnten, im Kampfe gegen das gesamte Volk und gegen die Reichsduma den Dienst versagen werden. Die ganze Entwicklung der russischen Revolution und der neue Aufschwung zeugen davon, daß der Zarismus halb abgewirtschaftet hat. Es wäre gerade die richtige Zeit, daß dies auch die europäischen Geldbeutel begriffen, jene Geldbeutel, die den von Dubassow auf den Moskauer Barrakaden eine Zeitlang geheimten revolutionären Brand mit Wagen voll europäischen Geldes gänzlich erstickend zu können hofften. Davon ganz abgesehen, daß die Völker Europas schon von dem Bewußtsein durchdrungen sein sollten, daß die Befreiung Rußlands der Beginn der allgemeinen europäischen Befreiung sein wird, mühten die europäischen Nationen ihren eigenen Interessen zuliebe schon aufzubrechen, die Taschen der herrschenden Clique zu füllen, die das ganze Land einem Bankrott entgegenführt, der nicht nur Rußland, sondern das ganze mit dem Schicksal der russischen Wertpapiere verbundene Europa tief erschüttern wird.

Es ist der Augenblick gekommen, da nach dem Ausbruche Kassales das Volk das verfluchte Regime an der Kehle packen wird. Es naht die Stunde, wo das russische Volk ihm sein mächtiges „Knie auf die Brust“ setzen wird, und wehe dem, der dann die Erlösung des Landes verhindern will, das die Fahne der Befreiung aller Völker vom kapitalistischen Joch erhebt.

Wir schließen diesen Brief in der Hoffnung, uns in den nächsten Briefen mit den Debatten und den Verhältnissen in der Duma, mit der Stimmung der Arbeiterklasse und ihrem Kampfe in St. Petersburg sowie in den anderen Städten, endlich mit der Stimmung Rußlands überhaupt beschäftigen zu können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juni.

Der Ruin der Landwirtschaft.

Die agrarischen Blätter veröffentlichten lange Artikel, in denen sie den großen Erfolg der am Dienstag geschlossenen Landesausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft konstatierten. Aber sie begnügen sich damit in ihrer Bescheidenheit nicht. Der stetige Fortschritt der deutschen Landwirtschaft, der auf der Ausstellung hervortrat und fast von der gesamten Presse anerkannt wird, muß ihnen nicht nur zu einem Beweis der Berechtigung der junkerlichen Agrarpolitik, sondern sogar zu einer Lobeshymne auf den Bund der Landwirte dienen. Zwar hat der Erfolg der Ausstellung mit der Interessenspolitik der Bündler nichts zu schaffen, doch die Agrarlogik der konservativen Blätter bringt das Kunststück fertig, auch hierzwischen einen ursächlichen Zusammenhang, einen Kausalkonnex, zu finden. Die Ausstellung, so folgern sie, zeugt von dem Fortschritt der Landwirtschaft; zu diesem Fortschritt hat aber nicht zum wenigsten der Bund der Landwirte beigetragen, dessen geschäftliche Abteilungen den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Säaten, Düngern usw. vermitteln. Erweist sich aber diese Vermittlungstätigkeit der Bundesleitung als nützlich — nun kommt der logische

Kopfsprung —, so müssen die Angriffe der sozialdemokratischen und liberalen Presse auf die Agrarpolitik des Bundes als dreiste Spekulationen auf die Unkenntnis der großstädtischen Leser gelten.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Bundesintelligenzblatt, leidet diese kuriose Folgerung in folgende Sätze:

„Da die Herren aber gerade am „Revidieren“ sind und sich Mühe geben, sich selbst und ihre Leser über die Landwirtschaft und das, was sie kann und was ihr frommt zu belehren, und da ihnen die Maschinenabteilung der Ausstellung so ganz besonders imponiert hat, so wäre es vielleicht verdienstvoll, wenn man sich in den Blättern der Herren Ledjohs und Roffe, Müller-Sagan und Singer in der nächsten Zeit einmal mit den Fragen beschäftigen würde, wieviel gerade der Bund der Landwirte nach der wirtschaftlichen Seite hin für die Belehrung und Verbesserung seiner Mitglieder gewirkt hat; wenn man ferner sich einmal darüber belehren wollte, welche erhebliche volkswirtschaftliche Arbeit die verschiedenen geschäftlichen Abteilungen des Bundes der Landwirtschaft durch ihre Vermittlung von landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, künstlichem Dünger usw. geleistet haben; wenn man ferner sich einmal darüber belehren wollte, in welcher hervorragender Weise gerade die Mitglieder des Bundes der Landwirte allenthalben auf den großen und kleinen landwirtschaftlichen Ausstellungen als Aussteller und Preisgewinner beteiligt sind; wenn man z. B. seinen Lesern auch mitteilen würde, was jetzt wieder klüglich verschwiegen wird, daß Dr. Moeske-Görardorf, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, auf dieser Ausstellung wiederum einen ehrenvollen technischen Erfolg errungen hat, was die gesamte belehrungsfreudige Presse ebenso planmäßig verschweigt, wie sie seit Jahren die bedeutenden Verdienste, die der Bundesvorsitzende, Freiherr von Wangenheim um die deutsche Moorkultur hat, mit keinem Worte erwähnt.“

Auf diese Epistel einzugehen, lohnt sich nicht der Mühe. Unsere Parteipresse greift nicht die Vermittlungstätigkeit des Bundes der Landwirte an, sondern dessen unerschämte Interessenspolitik, besonders dessen Zollpolitik, und diese wird dadurch, daß einzelne Abteilungen des Bundes auch in beschränktem Maße nützliche Arbeit leisten oder Herr von Wangenheim sich in seinen Mußestunden mit der Moorkultur beschäftigt, um keinen Deut nützlicher oder annehmbarer.

Für die Berechtigung der agrarischen Kaufpolitik liefern die auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung hervorgetretenen Fortschritte der deutschen Landwirtschaft, des Acker- und Gartenbaues wie der Viehzucht, nicht den geringsten Beweis, wohl aber für die Aburdigkeit der landläufigen agrarischen Behauptung, die sogenannten Caprivischen Handelsverträge trieben die deutsche Landwirtschaft dem Ruin entgegen. Denn gerade in den letzten 10 oder 15 Jahren, also unter der Herrschaft dieser Verträge, hat sich in der Hauptsache der Fortschritt vollzogen.

Im Parlament wie in der Presse haben die agrarischen Sachverständigen unter Berufung auf ihre angebliche genaue Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse hundertmal behauptet, die Caprivischen Handelsverträge bedeuteten den vollständigen Bankrott der deutschen Landwirtschaft — und nun ergibt sich am Ende der vor drei Monaten abgeschlossenen Handelsvertragsperiode ein beträchtlicher Aufschwung, eine Vervollkommnung der Technik und Steigerung der Produktivität.

Als im März 1894 die erste Beratung des Handelsvertrages mit Rußland im Reichstage stattfand, prophezeite der große Theoretiker der konservativen Partei, Graf von Kanitz-Podangen, im Reichstage:

„Ich kann Sie versichern, meine Herren, daß es mit der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen jetzt schon beinahe zu Ende ist, daß wir einen weiteren Preisdruck unter keinen Umständen über uns ergehen lassen können. Wir sind dazu beim besten Willen nicht imstande.“

„Meine Herren, ich bin der Ueberzeugung — und ich toll auf die weiteren Preisgestaltungen nicht eingehen, um Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen — daß, wenn diese Verträge noch zehn Jahre lang in Kraft bleiben, viele, sehr viele Landwirtschaft dem Ruin verfallen und daß speziell unser Bauernstand in den östlichen Provinzen so gut wie zugrunde gerichtet sein würde. Mag dieser russische Vertrag hinzukommen oder nicht, die Verhältnisse sind jetzt schon berast, daß es rapide mit uns bergab geht.“

Und eine andere große landwirtschaftliche Autorität, Herr Liebermann von Sonnenberg, sah sogar die Revolution herannahen und kündete an, er werde sich als moderner Barock-Jacquelin an die Spitze des Landsturmes in die Wälder der preussischen Vendée werfen.

Jetzt haben jene Handelsverträge länger als 10 Jahre bestanden und das Resultat ist ein allseitiger Fortschritt der deutschen Landwirtschaft. Die sach- und sachkundige Prophezeiung des großen konservativen Theoretikers hat sich als von gleicher Güte erwiesen, wie die schöne Schweineprophezeiung des Herrn von Bobdielski auf dem vorjährigen Kaiserhofdiner.

Die Reichstagswahlwahl in Hannover.

Heute, am 22. Juni, findet die durch den Tod unseres Genossen Heinrich Meister nötig gewordene Ersatzwahl statt.

Aus dem Wahlkreise wird uns geschrieben: Das Mandat gehört seit 1884 der Sozialdemokratie. Damals wurde es von den Nationalliberalen in der Stichwahl zwischen dem welfischen Kandidaten und dem Genossen Meister unserer Partei „übergeben“. Genosse Meister erhielt 8840 Stimmen, der Welfe Brühl 8909, der nationalliberale Kandidat Hornemann brachte es auf 4800 Stimmen. In der Stichwahl legte Meister mit 12 851 Stimmen über Brühl, der 11 791 Stimmen erhielt. Die

3511 Stimmen zuwaß bei der Stichwahl waren größtenteils von den Nationalliberalen für Meister abgegeben worden, die mit besonderem Eifer für die Sozialdemokratie eintraten. Zwei Tage vor der Stichwahl schrieben die „Nationalliberalen Blätter“: „Hat Hannover sich nicht geübt, neun Jahre einen Prüfling zum Vertreter zu haben, dann braucht es sich für die nächsten drei Jahre auch nicht zu scheuen. Meister gewählt zu haben. Darum nochmals auf zur Wahl für Meister.“

Aus den drei Jahren, die die Nationalliberalen und gnädigst Krift gaben, sind jetzt 22 geworden. 1877 kamen die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl und nun waren es die Welsen, die sich entschlossen, halb sozialdemokratisch, halb nationalliberal zu wählen, trotzdem offiziell Stimmenthaltung proklamiert wurde. So blieb es bis zur Wahl von 1893, bei der wir 19 538 Stimmen bei der Hauptwahl erhielten. Im Jahre 1898 siegten wir mit 25 048 Stimmen über sämtliche Gegner, die es auf 22 900 Stimmen brachten, und bei der letzten Wahl 1903 erhielten die Gegner 24 422 Stimmen, unsere Partei dagegen 29 381, also nahezu 5000 Stimmen mehr. 18 128 Wähler hatten von ihrem Wahlrechte keinen Gebrauch gemacht.

Auf diesen 18 000 säumigen Wählern ruhen die ganzen Hoffnungen unserer diesmal im Bürgerausschuß vereinigten Gegner. 4896 bürgerliche Stimmen hätten im Jahre 1903 genügt, um den wahren Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, verkünden große Plakate an den Anschlagstulen den Wählern. Am 1903 gründeten die Gegner ihre Hoffnungen auch auf die 15 000 Nichtwähler von 1898 und sind damit hineingefallen.

Allerdings, einen Wahlkampf wie den mit dem heutigen Tage beendeten hat der 8. hannoversche Wahlkreis noch nicht erlebt. Das Menschenmögliche an Verleumdungen, Lügen und Fälschungen, Verdrehungen und Entstellungen gegen die Sozialdemokratie ist geleistet worden. Man hat den schlimmsten Terrorismus angekündigt. Die Nichtwähler will man veröffentlichen, damit sie nach der Wahl „bearbeitet“ werden können, so wird in bürgerlichen Blättern den bürgerlichen Wählern angedroht. Für jeden Wahlbezirk ist ein bürgerliches Wahlbureau errichtet, Droschken und Automobile sind gemietet, um säumige Wähler heranzuholen, und auf den „Schleppparten“, die am Nachmittag den Säumigen ins Haus gebracht werden, stehen die bürgerlichen Kandidaten, v. Dammberg, Erzberger, Finl und Holzgreve friedlich nebeneinander. Das ist die Schablone des Reichsverbandes, die von dem famosen Bürgerausschuß kopiert ist. Die bürgerlichen Parteien sind sich freilich trotz der gemeinsamen Arbeit im Bürgerausschuß gegen die Sozialdemokratie doch fürchterlich in die Haare gefahren. Offiziell verkünden die Nationalliberalen schon jetzt, daß sie in der Stichwahl nicht für den Welsen stimmen werden, obgleich bei der Begründung des Bürgerausschusses offiziell erklärt ist, daß dies unter allen Umständen geschehen werde. Zuletzt ist man auch noch wütend geworden über die Auffstellung des Bündlers.

Die Flut von Gemeinheit, die die Gegner unter Leitung des Reichsverbandes von sich gegeben haben, hat die Genossen aufs höchste erbittert. Wir kämpfen tatsächlich gegen eine reaktionäre Klasse. Wo man nur Gelegenheit fand, uns zu benachteiligen, geschah es. Die Gegner schlugen Plakate über Plakate an den Anschlagstulen an, der Sozialdemokrat hat man das schroff verweigert. Nichts ist den Gegnern zu schlecht, um uns zu bekämpfen. So prangt an den Säulen die angeblich polizeiliche Erklärung über die Zerstörung der Gasleitung im Kriegerheim anlässlich der Versammlung des Reichsverbandes. Ueber Nacht ist sie aber eine Erklärung der Verwaltung des Kriegerheims geworden, und das Beste ist, sie ist erlogen! Der Monteur der Gasanstalt hat öffentlich erklärt, daß von einer Zerstörung der Gasleitung durch „ruchlose Hände“ keine Rede sein kann. Der Mann, dem die Bedienung der Gasleitung oblag, war verreist, derjenige, der ihn vertrat, war zu ungeschickt, denn er hatte — den Hauptkahn nicht aufgedreht! Dann konnten die Kronleuchter natürlich nicht brennen. Daß man aber trotzdem behauptet, die Sozialdemokraten hätten die Leitung zerstört, ist der Gipfel der Gemeinheit, und daraus ist zu ersehen, mit welcher Sorte Gegner unsere Genossen zu kämpfen haben.

Die Wahlarbeit für unsere Partei ist getan. Am Mittwoch war die letzte Heerchau. Zehn Versammlungen, überfüllt von begeisterten Besuchern, fanden statt. Am Vorabend der Wahl verbreiteten unsere Genossen das letzte Flugblatt, worin mit den Gegnern unbarmherzig abgerechnet worden ist.

Im Jahre 1903 wurden von 72 000 Wahlberechtigten rund 54 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Meister (Soz.) 29 381, Durgig (natl.) 10 941, v. Dammberg (Welse) 9847, Wagen (Z.) 2907, Müller (fr.) 727, Nationalsoziale 188.

Diesmal sind die Kandidaten:

- Aug. Wey (Soz.)
- Finl (natl.)
- v. Dammberg (Welse)
- Erzberger (Z.)
- Holzgreve (Bündler).

Außerdem hat sich noch ein Mann namens Rudolf Stensen selbst aufgestellt, aus Idealismus!

Deutsches Reich.

Die Kirche als politische Anstalt.

Der Kandidat der entschiedenen liberalen Partei bei der letzten Reichstagswahl in Darmstadt, der nationalsoziale Pfarrer Korell, hat wie wir bereits kürzlich meldeten, von dem großherzoglich Hessischen Oberkonsistorium einen Verweis erhalten — weil er den sozialdemokratischen Kandidaten dadurch begünstigt haben soll, daß er nicht der Stichwahlparole seines, des liberalen Wahlkomitees entgegengetreten ist. Die Begründung dieses Verweises, die dieser Tage erfolgte, ist als Beitrag zur Charakteristik der heutigen Kirche und ihres Zweckes als Aufrechterhalterin der kapitalistisch-göttlichen Weltordnung vom höchsten Interesse.

Es heißt z. B. in dem Aktensück betreffs der von Korell nach der Hauptwahl erlassenen Dankagung und der von ihm darin vertretenen Ansicht, daß das Darmstädter Mandat nur von einem Liberalismus erobert werden könnte, der die Stimmen von links an sich zu ziehen vermöge.

Diese Erklärung fand entsprechend der bis dahin stattgehabten Entwicklung der Dinge in den weitesten Kreisen die Auffassung, daß damit ein Nichttreten für Stein und ein Eintreten für Vertholds empfohlen sein sollte.

In der Tat gab nunmehr der „Wahlanschuß der vereinigten Liberalen“ die Parole aus, für Verthold zu stimmen. Pfarrer Korell hat sich direkt und deutlich hierzu nicht geäußert; wenigstens ließ sich ihm in dieser Hinsicht nichts nachweisen, obgleich ein sozialdemokratischer Wahlausschuß seine ausdrückliche Stellungnahme zugunsten Vertholds als angeblich behauptete.

Pfarrer Korell selbst sagt in seiner Vernehmlassung vom 10. d. Mts.:

„Da ich weder dem Parteivorstand noch dem Wahlanschuß als Mitglied angehörte, trat ich nach dem 25. April zurück in die Reihe der Wähler und hatte lediglich als

solcher meine Entscheidung für die Stichwahl zu treffen. Bei dem Zustandekommen der von dem Wahlanschuß gegebenen Parole habe ich in keiner Weise, weder beratend noch beschließend, mitgewirkt.“

Es liegen uns keine Beweise vor, die uns erlauben, diese Angabe abzulehnen. Gewiß ist, daß Pfarrer Korell am Tage der Stichwahl von seinem Wahlort abwesend war, also überhaupt nicht wählte.

Es muß hiernach angenommen werden, daß er die Wahl Vertholds nicht positiv beförderte, aber er hat sie offenbar befördert durch das, was er unterließ, und was er nicht hätte unterlassen dürfen.

Es war ihm nicht zugumuten, daß er zur Stichwahl öffentlich Stellung nehme oder gar, daß er sich für Stein erkläre, aber er mußte als Pfarrer unmißverständlich zeigen, daß er nicht, wie geglaubt wurde und nach der angezogenen Sachlage geglaubt werden mußte, die Wahl Vertholds billige. Dann blieb seinen Wählern immer noch die Möglichkeit unbefangener Entscheidung, zum Beispiel auch völliger Stimmenthaltung. Pfarrer Korell hat aber etwas der Art nicht erklärt und hat so die Meinung, er sei nunmehr für Vertholds Wahl, mittelbar gefördert. Ob er dies wollte, läßt sich nicht nachweisen. Es ist aber anzunehmen, daß er dem Wahlanschuß, der seither so umfassend und stark für ihn gewirkt hatte, mit dem er deshalb eng verbunden war und dem er Dank schuldete, nicht die Pläne kreuzen wollte. Man kann ein solches Gefühl verstehen; aber wer dies Gefühl hegt und in die Tat überführt, muß wenigstens in der Lage sein, durch eine solche Handlungsweise nicht höhere Pflichten zu verletzen. Pfarrer Korell aber war Geistlicher und deshalb hierzu nicht in der Lage; er hatte solche Pflichten, und er hat sie verletzt. ... Pfarrer Korell mußte einsehen, daß seine Verfassungspflichten, so lange er im Amte blieb, seinen vermeintlichen politischen Parteipflichten vorgehen. ... Gerade die Interessen der evangelischen Kirche sind hier dadurch verletzt, daß durch das gegenüber der Öffentlichkeit eine Verschuldung in sich schließende Schweigen Korells die Meinung entstehen und — unwiderprochen — sich verbreiten konnte, ein Geistlicher halte den Sieg der Sozialdemokratie trotz ihrer revolutionären, antireligiösen und antisirchlichen Agitation für das „kleinere Uebel“ gegenüber dem des Gegenkandidaten.

Für Herrn Pfarrer Korell mag das Erkenntnis schmerzlich sein; für die Aufklärung der Arbeiterklasse über den Charakter der heutigen Kirche ist sie jedoch von höchstem Wert. In den protestantischen Lehren wird die Kirche gewöhnlich als ein geistiger Organismus definiert, der den Zweck verfolgt, den christlichen Glauben zu pflegen und rein zu erhalten; in der Begründung des Hessischen Oberkonsistoriums aber erscheint sie als eine Anstalt zur Unterstützung der politischen Herrschaft der sogenannten oberen Klassen — eine Aufstellung, gegen die wir nicht das geringste einzuwenden haben, das Oberkonsistorium muß es ja wissen. —

Heraus mit der Aufklärung über die Meutereien in Südwestafrika!

Der „National-Zeitung“ wurde eine Zuschrift von „geschätzter militärischer Seite“ gesandt, in der es heißt, daß man in patriotisch denkenden Kreisen mit steigender Verwunderung die Entwicklung verfolgt, die die Angelegenheit der vom „Vorwärts“ gemeldeten Verstöße gegen die Disziplin bei unseren Truppen in Südwestafrika nimmt. Der Verfasser tadelt die „bedrückende Auffassung“ der „Mil.-Pol. Korresp.“ und erklärt, daß, selbst wenn es sich nur um den einen Fall handeln sollte, in dem ein Portepce-Untersoffizier durch betrunkene Reiter bedroht und zum Ausbreiten eines Hochs auf die Sozialdemokratie genötigt wurde, so sei das Vorkommnis doch derart ungeheuerlich, daß eine erschöpfende und einwandfreie amtliche Darstellung des ganzen Vorganges einschließlich der gerichtlichen Urteile unbedingt geboten sei. Er legt weiter dar, daß es sich nach der Darstellung der „Mil.-Pol. Korresp.“ um das Verbrechen des „militärischen Aufruhrs“ handeln würde, das nach § 106 des R. M. St. G. B. im Felde mit Gefängnis nicht unter zehn Jahren und gleichzeitiger Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft wird. Die „Beteiligten“ sollen auch tatsächlich gerichtlich zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sein.

Der Verfasser wirft dann die Frage auf, was mit dem Portepce-Untersoffizier geschehen sei; will wissen, ob er sich energisch mit der Waffe gewehrt habe. Im anderen Falle gehörte er auch bestraft und seiner Stellung entzogen zu werden. Eine Mißschuld mißt der Militär den Kompagniechef der Stammtruppenteile zu, denen die exzedierenden Soldaten und der Portepce-Untersoffizier angehört. Nur solche Leute hätten die Kompagniechef für das Expeditionskorps vorschlagen dürfen, die sie als unbedingt zuverlässig kannten. Den Schluß des Schreibens macht ein Ausfall gegen die „sozialdemokratischen Hecker“, die ein vorgefertigtes Maß moralischer Mißschuld an den Vorkommnissen und ihren Folgen tragen sollen, weil sie in die jugendlich unreifen Köpfe der jetzt Verurteilten schon vor deren Zugang zum Militär die Zerkleinerung ihrer Doktrin eingepflanzt haben. „In Stunden ruhiger Ueberlegung und stiller Selbstlehre werden die im Gefängnis dahingenden Verurteilten erkennen, wer die eigentliche Schuld an ihrem Unglück trägt, und sie werden, gleich ihren bedauernswerten Eltern und nächsten Angehörigen, mit vollem Recht ihren Verführern suchen.“

Wir haben den Inhalt der Notiz natürlich wegn dieses melodramatischen Schlusses wiedergegeben. Eine Prüfung würde wahrscheinlich ergeben, daß die Erzählungen von den „Zerkleinerungen“ der Sozialdemokratie nur in der vulgären Verzerrung der Gegner jemals etwas erfahren haben. Aber war's auch anders, diese „Zerkleinerungen“ lehren auf keinen Fall, daß Soldaten ihre Vorgesetzten zu Hochrufen auf die Sozialdemokratie zwingen sollen!

Wir haben den Inhalt des Schreibens wiedergegeben, weil es zeigt, daß die Affäre nicht die Bagatelle ist, als die einige Blätter sie hingestellt haben, daß sie von ernster Bedeutung ist und daß deshalb unser Auf nach amtlicher Aufklärung auch schon von militärischer Seite aufgenommen wird!

Wenn eine Mitteilung der „Weserzeitung“ zutrifft, dann wäre freilich die Kolonialabteilung zurzeit gar nicht in der Lage, Erklärungen zu geben. Nach der „Weserzeitung“ werden nämlich augenblicklich von der Kolonialabteilung Erhebungen darüber gemacht, inwieweit Insubordinationen in Südwestafrika vorgekommen sind. Das bisherige Resultat hat ergeben, daß es sich lediglich um leichtere Fälle (?) handelt. Die Kolonialabteilung ist aber entschlossen, die Untersuchungen bis zu Ende durchzuführen, um ein vollständiges Bild über den Umfang der angeblichen Meutereien zu erhalten!

Dieses vollständige Bild hat auch das deutsche Volk zu fordern!

Militaria!

Dresden, 19. Juni. Im Januar 1905 wurde der Unteroffizier Erler von der 7. Kompagnie des Schützenregiments Nr. 108, ein systematischer Leuteschinder schlimmster Sorte, wegen zahlreicher unerhörter Soldatenmißhandlungen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Die Gerichtsverhandlung ergab damals sehr viele Anhaltspunkte dafür, daß die Quälereien des Unteroffiziers von den Vorgesetzten nicht ungenug gesehen und stillschweigend gebuldet wurden. Tatsächlich wurde bald darauf gegen den Kompagniechef Hauptmann Keller, ein Strafverfahren eingeleitet, das auch mit seiner Verurteilung endete. Allerdings kam der Herr, obgleich man ihn als den wirklich Schuldigen bezeichnen möchte und trotzdem er wegen ähnlicher Geschehnisse bereits vorbestraft war, mit sechs Wochen Stubenarrest davon.

Später wurde auch noch Anklage gegen den 1889 zu Würzen geborenen Leutnant v. Lossow wegen vorsätzlicher Unterlassung der Meldung strafbarer Handlungen eines Untergebenen und mangelhafter Aufsichtigung Untergebener erhoben.

v. Lossow bestritt jegliches Verschulden. Er habe einen schweren Stand gehabt, da er als Fähnrich zur Kompagnie gekommen und erst später Leutnant geworden sei, so daß man ihm nicht den nötigen Respekt entgegengebracht hätte. Er habe zu einem Einschießen so weniger Anlaß gehabt, als der Kompagniechef selbst angeordnet habe, daß die Leute bei lässigem Benehmen durch Gewehrstrecken, Kniebeugen und Hinlegen aufgemuntert werden sollten. Von dieser Befugnis habe Erler eben ausgiebigsten Gebrauch gemacht.

Nach den Zeugenaussagen hat allerdings der Angeklagte Kenntnis von dem ruchlosen Treiben des Unteroffiziers Erler haben müssen. Ist doch der Feldwebel Brendler mehrfach bei ihm deswegen vorstellig geworden. Der Leutnant entgegnete ihm fogar: „Hilfen Sie doch nicht, es passiert nicht gleich etwas, die Rekruten werden sich nicht gleich wegen jeder Kleinigkeit beschweren!“

Das Kriegsgericht erkannte auf Freisprechung und begründete dies in der Hauptsache damit, daß der Angeklagte sich durch die Anordnung des Hauptmanns, bei Nachlässigkeiten die Leute durch Extratübungen besonders heranzunehmen, für gebüht haben lassen können. Der Gerichtsherr legte Verurteilung ein, indem er sehr richtig bemerkte, aus dem ganzen Verhalten des Angeklagten gehe hervor, daß er sich hinsichtlich des Tuns des Unteroffiziers Erler nicht im unklaren befunden haben könne. Das Oberkriegsgericht hat sich indeffen nicht zu einer Verurteilung verstehen können, vielmehr die Verurteilung verworfen, so daß es bei der Freisprechung sein Bewenden hat.

Nationalliberale Wahlrechtsänder. Aus Leipzig wird uns vom 21. Juni telegraphiert:

Der nationalliberale Rat der Stadt Leipzig hat gestern Abend in seiner Plenarsitzung beschlossen, eine Vorlage an das Stadtverordnetenkollegium einzubringen, wonach das vor zehn Jahren eingeführte Dreiklassenwahlrecht durch ein noch erbärmlicheres, nämlich durch ein berufsständisches Wahlrecht ersetzt werden soll! —

Der geniale Plan, die nicht vom Reichstage bewilligte Eisenbahn Stubuh—Kneetmanshoop als Kriegsbahn zu bauen, soll, wie die „Germania“ zu berichten weiß, von dem Geh. Legationsrat Dr. Seyditz ausgehen, der bekanntlich gerne der würdige Nachfolger Jesko v. Puttkamers werden möchte, um dessen zivilisatorische Arbeit unter den „Wilden“ fortzusetzen. Zugleich erinnert das Blatt daran, daß die Kolonialabteilung beim Reichstage noch ein Schuldfonto hat, das nicht beglichen ist; nämlich die Summe von 200 000 M. für Borarbeiten der Linie Windhut—Nehoboth. Der Reichstag hat einstimmig die Indemnität für diesen Posten verweigert und ihn abgelehnt. Im Herbst soll er in den Rechnungsübersichten als außerordentlich Ausgabe erscheinen. —

Kolonialpolitische Jugendbroschur. Mit allen Mitteln wird versucht, der deutschen Jugend Begeisterung für die deutsche Welt- und Kolonialpolitik einzupflanzen. Die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ hat, um das Interesse an unseren prächtigen Kolonien bereits in der Schule zu wecken, eine ausgewählte Sammlung von Vorträgen über die deutschen Schutzgebiete herausgegeben und diese Auswahl den Verehrern mit der Bitte zur Verfügung gestellt, bei der Neubearbeitung ihrer Vorträge geeignete Stücke zu übernehmen. Schon in den heranwachsenden Kindern soll der Sinn für das „größere Deutschland“ und die Flottenermehrung erweckt werden, damit das kommende Geschlecht eine sogenannte „höhere Auffassung“ von dem Beruf des deutschen Vaterlandes erhält und nicht vor den kolonialen Heldentaten eines Peters zurückschreckt, sondern darin die kraftvolle Betätigung deutscher Männlichkeit erblickt. —

Von der Selbstverwaltung. Aus Jena wird uns vom 21. Juni telegraphiert:

Dem Ortsrat der Stadt, das die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert festsetzt, ist vom Ministerium prinzipiell die Genehmigung verweigert worden! —

Deutsche Redakteure in England. Kaum haben die vom englisch-deutschen Freundschaftskomitee eingeladenen deutschen Journalisten Englands Boden betreten und schon sehen sie sich, wie vorauszusagen war, genötigt, allerlei Huldigungen vor gebrannten Häuptern als Beigabe zu den Festlichkeiten mit in Kauf zu nehmen. Wie aus Southampton gemeldet wird, brachte bei dem Feststück zu Ehren der deutschen Presse der Präsident der Südwestbahn Sir Charles Scotter, der hierbei den Vorsitz führte, einen Trinkspruch auf König Eduard und Kaiser Wilhelm aus, der enthusiastisch aufgenommen wurde. Er hob die Bedeutung des Eintreffens der Gäste hervor und drückte die zuverlässige Hoffnung aus, daß ein besseres Verständnis und Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen, der deutschen und englischen, Platz greife. —

Städterläsch.

Die Städterischen Organe „Das Reich“ und die „Staatsbürger-Zeitung“ stellen sich in ihrer gestrigen Nummer darüber eintrübt, daß der von uns niedriger gehängte Klatsch von Stöder herrühre. Der habe den Unfuss auch erst aus seinen beiden Blättern erfahren. „Reich“ und „Staatsbürger-Zeitung“ scheinen jetzt ihre Behauptung fallen zu lassen, daß im Reichstags Stadthagen das Verbrechen vorgehalten sei, Getreidespekulation verübt zu haben, und daß er diese Freveltat zugestanden habe. Sie schreiben jetzt nur noch von der Erzählung eines Redners in einer Pädler-Versammlung vom 8. März 1902, und von angeblichen Wiederholungen in anderen von Stadthagen auch nicht behaupteten Versammlungen. Als Beweis für die Richtigkeit der furchtbaren Entdeckung, daß Stadthagen spekuliert habe, führen die beiden genannten Blätter an, daß niemand widersprochen habe. Wir können den edlen Organen von Städterschaden verraten, daß Stadthagen heute noch spekuliert: erst gestern hat er auf den größten Skanten spekuliert und vorgestern war er so vermessend, darauf wetten zu wollen, daß „Das Reich“ und die „Staatsbürgerin“ auch einmal etwas Wahres bringen könnten. — Am, berechre Klatschblätter, Klatsch weiter. —

Ausland.

Schweiz.

„Internationaler Arbeiterschuh“.

Aus den Verhandlungen der Bundesversammlung in der zweiten Woche dieser Session ist zu ersehen, daß Bundesrat Deucher, der „gemüthliche Alte“, wie er gemeinhin genannt wird, die Erklärung abgab, das magere Ergebnis der Staatenkonferenz für internationalen Arbeiterschuh vom Mai 1905 (Bern), welches sich auf das Verbot der Herstellung, der Einfuhr und des Verkaufs von Zündhölzern erstreckt, die weißen (gelben) Phosphor enthalten, sei nunmehr von allen Staatsregierungen sanktioniert worden. Weiter gab Deucher bekannt, daß die Staatenkonferenz für internationalen Arbeiterschuh am 15. September d. J. neuerdings in Bern zusammentreten werde, um das internationale Uebereinkommen betr. das Verbot des weißen Phosphors zu ratifizieren und den zweiten Beratungsgegenstand der letzten Konferenz, nämlich das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen, seiner Realisierung entgegenzuführen. Bekanntlich hatte der österreichische Delegierte auf der letzten Konferenz, Sektionschef Hafenschl, zu diesem Gegenstande bemerkt, es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen noch Worte verlieren wollte! Gleichzeitig erklärte sich Hafenschl namens seiner Regierung bereit, einer ununterbrochenen 12stündigen Nachtarbeit der Frauen seine Zustimmung zu erteilen. Man darf sich natürlich über die Tätigkeit der Konferenz für internationalen Arbeiterschuh keinen Illusionen hingeben. Wenn im September d. J. die Uebereinkommen betr. das Verbot des weißen Phosphors und der Nachtarbeit der Frauen endgültig ratifiziert werden sollten, so sind seit Anbahnung des inter-

Nationalen Arbeiterschutzes gerade 50 Jahre verstrichen, und in diesen 50 Jahren wäre dann als Resultat einzig die Regelung von zwei Punkten erfolgt in einer Materie, die Hunderte von Reformpunkten in sich schließt. Bekanntlich hat ja schon in den 50er Jahren der Eisfabrikant Daniel Legrand zur Förderung der Frage des internationalen Arbeiterschutzes Petitionen an alle europäischen Regierungen gerichtet; diese Petitionen wanderten aber alle in die Archive — das „Schredgespenst“ der Sozialdemokratie dachte damals noch nicht an die Tore der Ausbeutergesellschaft.

Offiziell in einem Parlament wurde die Frage zuerst vom schweizerischen Nationalratspräsidenten und nachmaligen Bundesrat Emil Frey im Juni 1876 in einer Präzisionsrede aufgeworfen und sodann auf dem Wege der Motion im Nationalrat eingebracht, worauf diese Behörde am 30. April 1881 den Beschluß faßte, den Bundesrat einzuladen, zur Anhörung einer internationalen Fabrikgesetzgebung mit den Hauptindustriestaaten Verhandlungen anzuknüpfen. Im März 1890 tagte dann in Berlin die erste Konferenz, auf private Initiative hin eine zweite im Jahre 1897 in Zürich (zur Zeit des Sozialistengesetzes), eine weitere private im Jahre 1900 in Paris. Die einzige Frucht dieser Kongresse war das internationale Arbeiterschutzbüro in Basel, das sich bis heute durch hervorragende Unätigkeit auszeichnet und im wesentlichen sich dadurch bemerkbar macht, daß dessen Vorsitzender (Prof. Bauer) den Titel „Direktor des internationalen Arbeitsamtes“ führt und alljährlich ein ganz anständiges Sammelbuch zum „Studium“ der einschlägigen Fragen verbräutet.

Das wäre also die Sozialreform von „oben“ nach dem Rezept des seligen Agassiz und Staatssozialisten Rodbertus, der für die Erreichung seines kommunistischen Zieles — 500 Jahre in Aussicht nimmt. Wenn der Kommunismus im Krähwinkel Landstrumtempo des internationalen Arbeiterschutzes verwirklicht werden sollte, müßte man sogar 1000 Jahre ansetzen! Und wenn man näher zuseht, so ersieht man „oben“ herab aber auch gar nichts zur Lösung der sozialen Frage, wenn nicht der stramme Vormarsch der drohenden Schritte dahinterwogender Arbeiterbataillone unter der Fahne der Sozialdemokratie die Regierungen zu Reformen zwingen würde. Vielleicht würde überhaupt gar nichts getan werden, beständen sich nicht auch Sozialdemokraten in der Vereinigung, die in ihr wie Schicht im Korpfenteiche wirken und denen es in der Hauptsache zuzuschreiben ist, wenn in dieser bunt zusammengewürfelten Gesellschaft, die ihre Konferenzen mit Champagner begiebt und mit Sovannmagarinen bewirthet, überhaupt einmal ein Resultat erreicht wird.

Frankreich.

Die Sonntagruhe.

In Frankreich ist bekanntlich die gesetzliche Sonntagruhe noch nicht durchgeföhrt; zurzeit wird aber im Senat ein Gesetz beraten, das den Arbeitern einen wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag sichern soll. Unter Artikel 13 hat der Senat einer Bestimmung seiner Kommission zugestimmt, wonach in solchen Gewerben, in denen Notharbeit notwendig ist, den betreffenden Arbeitern 13 Ruhetage innerhalb dreier Monate zuzuteilen. Diese sollen einzeln oder zusammen je nach der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeben werden können. Das Syndikat der Pariser Bäckergehilfen hat hiergegen protestiert und fordert einen regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag. In der Eingabe wird mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Ruhezeit, die erst nach dreimonatiger ununterbrochener Tätigkeit eintritt, in sanitärer Beziehung wertlos sei. Da in ihrem Gewerbe Kündigungskrist nicht üblich ist, würden bei der Annahme einer solchen Bestimmung die Gehälften ihre Stellung vielfach verlieren; sie würden nach Ablauf der 13tägigen Ruhezeit von den Meistern einfach nicht wieder angenommen werden.

Das Drängen der französischen Arbeiter nach einem regelmäßigen Ruhetag ist so groß, daß eine ganze Reihe von Berufsgruppen ihn sich durch den gewerkschaftlichen Kampf bereits errungen hat. In der letzten Zeit ist dies auch den Barbieren in Paris gelungen. Das Gesetz hilft also auch hier den tatsächlichen Verhältnissen nach.

Dreifuß.

Paris, 21. Juni. Im Gegensatz zu der Aufregung, die vor acht Jahren anlässlich der Verhandlung des Dreifußprozesses herrschte, ist jetzt von einer Erregung nichts zu bemerken. Zwar füllen noch immer Neugierige den Verhandlungssaal, doch merkt man in der Umgebung des Justizpalastes nichts von Absperrungen oder sonstigen Maßnahmen.

Die Sitzung wurde kurz nach 12 Uhr eröffnet. Der Berichterstatter Moras setzte seine Ausführungen über die graphologische Prüfung des Vorderaus fort und schloß: Die Theorien Vertillons seien unbegründet und unwissenschaftlich und wiesen augenscheinlich auf einen vorgefaßten Entschluß hin. Er wies dann noch darauf hin, daß die von der Strafkammer ernannte und aus hervorragenden Gelehrten zusammengesetzte Kommission die Rekonstruktion des Vorderaus, deren sich Vertillon einzig und allein bediente, für falsch und die Systeme der anderen Sachverständigen als jeden wissenschaftlichen Wertes bar erklärt habe. Daraus folgerte er, daß die graphologische Prüfung des Vorderaus der Revision kein Hindernis entgegensetze. Vielmehr spreche die Prüfung dieses Schriftstückes zu Dreifuß' Gunsten.

Norwegen.

Internationaler Polizeifuß.

Oskon VII. will bekanntlich nicht auf die altmodische Krönungszeremonie in der Domkirche von Trondhjem verzichten. Sie soll heute, am 22. Juni stattfinden. Seit acht Tagen befindet er sich mit Weib und Kind bereits auf der Krönungsfahrt und läßt sich in verschiedenen Orten huldigen. Darf man den offiziellen Berichten Glauben schenken, so hat das norwegische Volk die mit seiner neuen königstreuen Bestimmung verbundenen Pflichten schon recht gut begriffen und seine alten republikanischen Reigungen und Gewohnheiten an den Nagel gehängt. Trotzdem ist man in Trondhjem eifrig tätig, um Gefahren für Leben und Sicherheit der neuen Majestät und seiner Gäste vorzubeugen. Das Polizeikorps der Stadt ist von 70 auf 100 Mann verstärkt worden. Außerdem hat man zum Schutze der fremden Fürstlichkeiten eine Anzahl internationaler Detachments besorgt. Der König selbst soll von einem 25 Mann starken Militärtrupp bewacht werden. Gerüchte erzählen auch von sensationellen Verhaftungen in Trondhjem, die werden indessen von anderer Seite als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Immerhin scheint es, daß die herrschenden Kreise von durchaus unmotivierter Furchtsamkeit ergriffen sind.

Amerika.

„Standrechtlich“ erschossene Streikende.

Wie lesen in unserem New Yorker Parteiblatt: In Cananea (Mexiko), wo anfangs Juni 5000 mexikanische Bergarbeiter in den Ausstand traten, um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen, sind seitens der mexikanischen Gewerkschaften im Verein mit den amerikanischen Ausbeutern, handelsemäßige Maßnahmen ergriffen worden, um die Arbeiter gefügig zu machen. Der mexikanische Sozialismus hat seine Bluttaufe erhalten: Acht Führer der Streikenden wurden am Morgen des 3. Juni um 9 Uhr von einer Truppe Militärsoldaten unter dem Kommando des Obersten Kosterlichy standrechtlich erschossen. Ohne eine Spur von Furcht zu zeigen, rief die Meute, dem Tode geweihte Schar wie mit einer Stimme: „Für Hölle mit der Regierung! Wieder mit Mexiko!“ Dann gab der Oberst das Zeichen, und die tapferen Freiheitskämpfer wälzten sich in ihrem Blute, die ersten Märtyrer unserer Sache in Mexiko. Ueber Cananea ist der Belagerungszustand verhängt worden. Jeder, der sich auf der Straße zeigt, wird niedergeschlagen, laudete der kategorische Befehl, den der famose Oberst Kosterlichy erteilte. Die Zahl der Opfer des blutigen Zusammenstoßes zwischen den mexikanischen Arbeitern und ihren amerikanischen Arbeitgebern

wied auf mehr als 150 geschätzt, unter denen sich nur neun Amerikaner befinden. Kosterlichy ist jetzt Herr von Cananea und übt ein eisernes Regiment aus.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Dr. Langerhaus um 5 1/2 Uhr eröffnet.

Die Tribünen sind überfüllt, der Saal dagegen ist nur mäßig besetzt.

Junächst referiert Stadtd. Wallach (A. L.) über die Magistratsvorlage wegen Enteignung einiger zur Verbreiterung der Ballstraße zwischen Grün- und Inselstraße erforderlichen Flächen. Es wird bezüglich der Grundstücke Wallstraße 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39 nach dem Magistratsantrage beschlossen.

Für die umfangreiche Vorlage betreffend die in den Etat für 1906 aufgenommenen neuen oder abgeänderten Gehaltslisten referiert ebenfalls Stadtd. Wallach. Der Ausschuh hat in der Zeit vom 9. April bis 12. Juni fünf Sitzungen abgehalten und die Vorlage mit einigen Modifikationen angenommen. Nach den Magistratsvorschlügen soll der Gehaltsfala der Oberstadtssekretäre nach eine oberste Stufe über 6000 M. von 6000 M. aufgesetzt werden. Die Bureauassistenten, geprüfte und ungeprüfte, sollen auf 1600 bzw. 1900 M. und nach bestandener Sekreärprüfung auf 2000 bzw. 2400 M., die Bureauangewandten auf 1600 bis 2000 M., die Bureauhilfsarbeiter in der 3. und 4. Stufe (die beiden ersten kommen in Fortfall) auf 1700 bzw. 1900 M. aufgesetzt werden; den ständigen Bureaugehilfen ist in den ersten drei Stufen eine Erhöhung um je 100 M. zugeordnet. Für die Kanzlisten ist die Erhöhung der ersten Stufe um 150 M. und die Aufhebung einer Stufe von 2650 M. nach 17 Jahren zu erreichen, sowie die Herabsetzung des Pflichtpensums von 9 auf 8 Bogen vorgeschlagen und nach lebhafter Debatte von der Ausschuhmehrheit (8 gegen 5) ebenfalls genehmigt worden. Für die Verordnungs- und Titularsekretäre, Vollziehungsbeamten, Ratswagemeister und Steuererheber ist eine Erhöhung in der 1. Stufe um 100, in der 2. um 50 M. vorgesehen, so daß die Scala jetzt von 1600 M. in 20 Jahren auf 2700 M. und 300 M. Funktionszulage festgestellt werden soll. Auch hier hat die Ausschuhmehrheit zugestimmt und weitergehende Anträge abgelehnt. Im Anschluß daran sind die Petitionen der geprüften Magistratssekretäre um Erhöhung der oberen Stufen, der Titularsekretäre um Erhöhung des Endgehaltes und Fortfall der Bezeichnung „Titular“, sowie der Bureauassistenten 1. um Erhöhung ihrer Scala unten und oben und Verringerung des Dienstalters zur Erreichung der höchsten Stufe, 2. um Aenderung ihres Titels in „Sekreär“ beraten und Uebergang zur Tagesordnung über sie beschlossen worden. In dem Bericht wird das Petition der Bureauassistenten besonders scharf kritisiert und ihnen namentlich vorgehalten, sie seien „selbst so weit gegangen, bei unserer Aufsichtsbehörde zu petitionieren, um uns zu zwingen, ihnen höhere Gehälter zu bewilligen“. Sie seien damit frechlich in allen Instanzen abgewiesen worden.

Nur Genehmigung empfohlen werden ferner die beantragten Erhöhungen für die Stadtbauingenieure, die akademisch gebildeten Ingenieure, die Ingenieure bei der Tiefbauverwaltung, die Stadtbauassistenten und die sonstigen zur Aufbesserung vorgeschlagenen Beamten der Bauverwaltung; desgleichen für die Schulbibliothek der Ohmannen, für den Direktor der 2. Handwerkerschule, für das Lehrpersonal in der Waisenpflege und für die Erziehungsgehilfen (Auffseher am Erziehungsheim Lichtenberg, für einige Beamte im Bereich der Polizeiverwaltung, für den Revieroberinspektor der Gaswerke und für die weiter in dieser Verwaltung bzw. bei der Verwaltung der Wasserwerke, des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischschau, der Markthallen, des Urkandens und der Klassen der städtischen Werke zur Gehaltsaufbesserung vorgeschlagenen Beamten. Im Bereich der Verwaltung der Kanalisationswerke und Riefelfelder will der Ausschuh, abweichend von der Vorlage für den Betriebsdirigenten und den Obermaschineningenieur, eine gemeinsame neue Scala von 5100—7200 M. (nicht von 5700—7800 M.) festsetzen und empfiehlt, für die Administratoren die bisherige Scala beizubehalten. Abgesehen hat der Ausschuh sodann die beantragte Gehaltserhöhung für die Magistratsbauräte und Stadtbauinspektoren; für die Straßenreinigungsauffseher schlägt er eine abweichende Scala von 1700, 1850, 2000, 2150, 2300, 2400 M. vor, zu erreichen in fünf dreijährigen Zwischenräumen; außerdem folgende Resolution: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, für die Aufseher und Oberaufseher der Straßenreinigung periodisch wiederkehrende dienstfreie Tage einzuführen.“

Die Petitionen der Oberkontrolleure und Wassermeßkontrollen bei den Wasserwerken sollen dem Magistrat als Material überwiesen werden; die Petitionen der Dirigenten der Schöpfhäuser und Zeichner der Wasserwerke, der Oberaufseher der Straßenreinigung, der Oberaufseherin und der Aufseherinnen des Arbeitshauses sind als unbegründet erachtet worden.

Stadtd. Borgmann (Soz.): Die Vorlage hat eine Erhöhung der Gehälter der Oberstadtssekretäre vorgeschlagen und die Mehrheit hat dem zugestimmt. Wir müssen die Erhöhung ablehnen. Als diese Kategorie von Beamten geschaffen wurde, sprach man von der unerlässlichen Nothwendigkeit, eine Anzahl besonders befähigter und verdienstvoller Sekretäre aus der Gesamtheit heranzubehalten. Das ist damals auch von der Versammlung gebilligt worden. Jetzt heißt es, man könne nicht ganz und gar an dem Dienstalter vorbegehen. Damit wird die Basis der Existenzberechtigung für diese ganze Kategorie verlassen, es könnten jetzt Leute in diese Kategorie hineinkommen durch gewisse Glückszufälle, durch Begünstigung usw., die nicht da hineingehören. Wir beantragen daher, diese unerlässliche Gehaltserhöhung abzulehnen.

Die beantragte Erweiterung der Gehaltskala der Oberstadtssekretäre wird hierauf anscheinend abgelehnt.

Darauf wird beschlossen, über die Ausschuhträge en bloc abzustimmen und nur noch über die gestellten Abänderungsanträge zu diskutieren.

Stadtd. Ullstein (Soz.-Fortschr.) beantragt und befürwortet eine Aenderung der Gehaltskala für die Bureauassistenten, Arbeiter dahin, daß diese die höchsten Gehaltsstufen von 2600, 2800 und 3000 M. schon nach 20 bzw. 22 und 24 (statt 21, 24, 27) Jahren erreichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Vom Stadtd. Buchow (Fr. Fr.) wird befürwortet, bei der Kanalisationsverwaltung für den Betriebsdirigenten nicht eine mit dem Obermaschineningenieur gleiche Scala aufzustellen, sondern das Maximalgehalt für den ersteren auf 7200, das für den letzteren auf 7800 M. festzusetzen.

Stadtd. Borgmann schlägt sich unter besonderer Anerkennung der Verdienste des gegenwärtigen Obermaschineningenieurs dem Antrage Buchow an.

Vom Referenten wie vom Stadtrat Wargroff wird gegen die einseitige Erhöhung des Maximalgehalts für den Ingenieur gesprochen und plädieren dieselben für völlige Gleichstellung der beiden Beamten.

Stadtd. Herzberg (Fr. Fr.) tritt dagegen lebhaft für die Heraushebung des so hochverantwortlichen Obermaschineningenieurs auch im Gehalte ein.

Der Antrag Buchow wird angenommen.

Stadtd. Ullstein nimmt den vom Ausschuh abgelehnten Antrag wieder auf, das Gehalt der Steuererheber in allen Stufen um je 100 M. zu erhöhen.

Die Mehrheit lehnt den Antrag ab.

Der Rest der Vorlage wird nach den Ausschuhvorschlügen en bloc angenommen.

Bezüglich der Petitionen beschließt die Versammlung ohne Diskussion durchweg den Ausschuhträgen gemäß.

Der spezielle Entwurf für die Heimstätte für weibliche Genesende in Planenburg wird nach kurzen

Bemerkungen des Stadtd. Staff und des Stadtbaurats Hoffmann angenommen.

Die Vorentwürfe zum Neubau einer Gemeindedoppelschule in der Prombergerstraße und einer Turnhalle für die 31. Gemeindeschule, Alt-Roadt 23, werden genehmigt.

Nachdem für die Errichtung einer städtischen Fleißoberrichtungs- und Verwertungsanstalt in Blankenfelde die behördliche Genehmigung nicht zu erlangen gewesen ist, beabsichtigt der Magistrat nunmehr den Bau dieser Anstalt auf einem für Riefelwede erworbenen Gelände bei Rüdnhil im Kreise Oberbarnim. Die Anlage soll mindestens 1500 Meter von menschlichen Wohnungen entfernt bleiben. Der Kostenaufschlag schließt mit 1 131 000 M. ab. Da der Bau nicht vor dem 1. April 1908 vollendet sein kann, wird bis dahin der Pächter der fiskalischen Abdeckerei, Reudek, seinen Betrieb unter gewissen, die Stadt belastenden Bedingungen fortführen.

Stadtd. Wehl (Soz.): Die jegige Vorlage findet unseren ungetheilten Beifall, und wir bitten im Interesse der baldigen Errichtung von einer Ausschuhberatung abzusehen. Unsere Bedenken ästhetischer und hygienischer Art gegen die erste Vorlage kommen hier in Wegfall. Allerdings enthält der Vertrag mit dem bisherigen Abdeckereipächter, auf den wir hier gleichzeitig eingehen, einige bedenkliche, ja blamable Bedingungen. Der Herr verlangt u. a. die Garantie für die Zahlung einer Gebühr von 10 M. für Bestellung eines Wagens auch dann, wenn die Fortschaffung des Kadavers usw. nicht möglich gewesen ist. Trotzdem wird die Stadt sich nach Lage der Dinge diesen harten Bedingungen nicht entziehen können. Schuld daran ist die Mehrheit der Versammlung und der Magistrat; wir haben es 1904 nicht an Warnungen fehlen lassen, man hätte aber damals dafür nur Spott und Hohn übrig. Wir bedauern aufrichtig die damalige kurzfristige und engberzigte Haltung der städtischen Behörden, unter der jetzt die Steuerzahler leiden müssen. Hätte man mit größerer Unbefangtheit unseren Darlegungen Rechnung getragen, so wäre die neue Anstalt schon am 1. April 1907 unter Dach und Fach gekommen. Eine berechnete Schadenfreude dürfen wir darüber empfinden, daß in die Vorlage und ihre Begründung unsere damaligen Anschauungen zum großen Teil haben übernommen werden müssen. 1904 leugneten die Herren Kollegen Kuhlmann und Poul, daß üble Dünste diesen Anstalten entweichen könnten, wie denn damals überhaupt die Nase des Kollegen Kuhlmann eine Rolle spielte; jetzt wird ihnen vom Handelsminister das selbe gesagt, und die Vorlage akzeptiert einfach diese unsere Ausführungen. Der Gang der Dinge in dieser Frage bringt es vielleicht zuwege, daß in Zukunft unsere Anregungen in dieser Versammlung weniger leidenschaftlicher Ablehnung begegnen. Wenn hier durch die Staatsorgane in die Selbstverwaltung eingegriffen ist, so ist in diesem Falle der Eingriff und die Haltung der staatlichen Bureaukratie geradezu als eine Erlösung betrachtet worden.

Stadtd. Fischbeck: Die Gründe der Regierungsorgane gegen unsere damalige Vorlage bedürfen sich keineswegs mit den Argumenten, die der Vorredner und seine Freunde gegen sie geltend gemacht haben. Die Interessen der nördlichen Vororte und der Heilstätte Blankenfelde haben keinen Einfluß auf die behördliche Entscheidung gehabt. Wenn Herr Wehl sich schon damals für die Vernauer Gegend ins Zeug gelegt hat, so übersteht er, daß sein Fraktionsgenosse Stadthagen sich sofort dagegen aussprach mit der Begründung, er könnte sich die Verlegung nach Vernau nur denken, wenn man etwa damit einen neuen Einfall der Russen verschrecken wollte. (Große Heiterkeit.) Die erwähnten finanziellen Verpflichtungen gegen den Abdecker in der Zwischenzeit belaufen sich nur auf einige hundert Mark; Gewinne bei diesem Zweige der städtischen Verwaltung stehen überhaupt nicht in Aussicht.

Stadtd. Dr. Paul (A. L.) verbarrt bei der Auffassung, daß von einer Geruchsbekämpfung bei der Präzision der Arbeit der betreffenden Apparate nicht die Rede sein kann.

Stadtd. Kuhlmann (Fr. Fr.): Die Beweisträuerungsrede des Kollegen Wehl hat schon vom Stadtrat die gebührende Abfertigung gefunden. Nicht unsere Mehrheit, sondern gerade Herr Wehl mit seiner Rede ist an der Verzögerung schuld; Herr Wehl hat damals nicht die Geschäfte Berlins, sondern die der Vororte geführt. (Unruhe und Zustimmung.) Wenn Herr Wehl schließlich sich sogar mit meiner Nase beschäftigt, so gebe ich ihm doch den Rat, seine Nase nicht in Sachen zu stecken, von denen er anscheinend gar nichts versteht. (Weiterkeit.)

Stadtd. Wehl: Mein damaliger Hinweis auf Vernau ist auch im Sinne meiner Freunde gewesen; den Scherz, den damals mein Kollege Stadthagen machte, hat wohl keiner so ernst aufgefaßt, wie heute der Stadtrat Fischbeck. Unter meiner Würde halte ich es, auf die Ausführungen einzugehen, welche sich der Kollege Kuhlmann erlaubt hat. Er machte mir wieder den Vorwurf, ich hätte nicht die Interessen Berlins, sondern die der Vororte vertreten. Ich habe damals ausdrücklich betont, daß die nördlichen Vororte der einzige Ausflugsort sind für die Bevölkerung des Berliner Nordens, und diese Lungen sollten wir uns nicht verpekeln lassen. Es hätte nur noch gefehlt, daß Herr Kuhlmann behauptete, ich oder meine Freunde seien Interessenten der Terrainspekulation an der Nordbahn, die befürchten müßten, ihre Terrains würden durch diese Anstalt an Wert verlieren. Die Entscheidung des Kreisauausschusses ist mir nicht maßgebend; ganz anders oder liegt es mit den Gutachten der Sachverständigen. Herr Kuhlmann sagte damals, die Luft in der Umgebung der ähnlichen Anstalt bei Köln sei schöner als manchmal hier in unserem Sitzungsraum. Diese Behauptung, die ich der Bergessenheit entziehen muß, gab mir Gelegenheit, heute auf die Nase des Herrn Kuhlmann zurückzukommen.

Die Vorlage wird angenommen.

Im Jahre 1902 hat die Versammlung sich grundsätzlich mit der Uebernahme des 6. Teils der durch den Bau von Familienwohnhäusern für die Werksarbeiter in dem Rüdendorfer Kalksteinbruch entstehenden Kosten einverstanden erklärt, jedoch unter der Bedingung, daß die Mietverträge mit dreimonatlicher Kündigung von Quartial zu Quartial abgeschlossen werden. Das Oberbergamt in Halle will jetzt von dem damaligen Beschluß Gebrauch machen, verlangt aber die Zustimmung zu monatlichen Mietverträgen, so daß spätestens am 15. jeden Monats zum Schluß des Monats gekündigt werden kann.

Stadtd. Tolsdorf (Soz.): Diefelbe Bedingung ist 1902 glücklicherweise abgelehnt worden; jetzt wird uns wiederum die Zustimmung zur monatlichen Kündigungsfrist angefohlen. Nach den dort maßgebenden ländlichen Verhältnissen müßten im Gegenteil Jahreskontrakte Bedingung werden. Wir haben gar keine Veranlassung, dem Bergamt irgendwie nachzugeben. An der dreimonatlichen Kündigungsfrist muß im Interesse der Bergarbeiter festgehalten werden.

Stadtd. Wehl: Zu den sozialpolitischen Rücksichten von 1902 tritt jetzt auch noch die auf die Betriebsnotwendigkeit. Es handelt sich um eine Belegschaft von über 1000 Arbeitern in einem kleinen Orte. Unser Sozialis, der Staat, sorgt durchaus wohlwollend für die Arbeiter; wenn er die dreimonatliche Kündigungsfrist auf keinen Fall akzeptieren zu können erklärt, so müssen wir uns damit abfinden. Die einmonatliche Frist scheint auch uns für die betreffenden Verhältnisse vollkommen ausreichend; die dreimonatige würde die Bewegungsfreiheit des Arbeiters selbst erheblich beschränken.

Stadtd. Tolsdorf: Wegen den Bau der Arbeiterwohnungen sind wir nicht gewesen, sondern nur gegen die einmonatliche Kündigung. Wir können die dreimonatliche Kündigung hier erreichen, da unsere Zustimmung notwendig ist.

Stadtd. Friederich (A. L.) tritt für die Annahme der Vorlage ein.

Stadtd. Wehl: Ich habe hervorgehoben, daß die Verwaltung des Kalksteinbruchs dem Fiskus obliege; für Streitigkeiten habe sich die Stadt einem Schiedsgericht zu unterwerfen, das wahrscheinlich nicht zugunsten der Stadt entscheiden würde.

Stadtd. Ginge (Soz.): Also man will mit außerordentlicher Härte gegen die Arbeiter vorgehen! Der Arbeiter verliert nicht nur gegebenenfalls seine Arbeit, sondern er soll in 14 Tagen auch noch seine Wohnung verlieren; er flieht also eventuell in 14 Tagen auf

Die Strafe! Und das soll aus Betriebsdrücklichkeit notwendig sein! Auch wenn Berlin ganz allein Bestreberin des Kampfes sein würde, so würden wir solchen Verträgen nie unsere Zustimmung geben. Wir bitten dringend, an der dreimonatlichen Kündigungsfrist festzuhalten.

Die Vorlage wird angenommen.
Die Stadtv. Ämter u. Gen. beantragen: „Die Verfassungsmasse des Magistrats erfassen, für die dringende erforderliche Umgestaltung der Infektionsabteilung des Krankenhauses am Friedrichshain sowie Terrain von dem anstehenden Park zur Verfügung zu stellen, wie erforderlich ist um die notwendigen Bauten ohne bauliche Ausnahmestilllegungen darauf errichten zu können.“

Stadtv. Ämter (Fr. Fr.): Heute lassen sich in diesem Krankenhause die Kranken nicht so isolieren, daß jede Möglichkeit der Übertragung ausgeschlossen ist. Eine Aenderung ließe sich erzielen, wenn man den Friedrichshain für die Ersatzbauten heranzieht, d. h. die Umfassungsmauer etwas vorschiebt. Die Parvdeputation hat hier leider nicht voll das erwartete Entgegenkommen bewiesen. Dem soll unser Antrag abhelfen.

Stadtv. West beantragt Prüfung des Antrages in einem Aussch. um die widerstreitenden Interessen der beiden Verwaltungen zu vereinigen.

Bürgermeister Dr. Reide: Bisher ist die Notwendigkeit der Vergabe nicht nachgewiesen. Wir haben schon ein großes Stück bezuggeben und bereit erklärt. Inzwischen sollen neue Pläne ausgearbeitet worden sein; darüber wäre weiter zu verhandeln. So groß sind unsere Berliner Parks nicht, daß wir leichten Herzens Stücke davon hergeben können. Hat man doch schon ein Stück vom Humboldthain für eine Schule verlangt! (Hört! hört!)

Nachdem auch Stadtv. Prof. Randau (N. L.) für Aussch.beratung gesprochen, wird demgemäß beschloffen. Der Aussch. wird sofort vom Vorstande ernannt.

Auf dem der Nordparkterritain-Aktiengesellschaft gehörigen Gelände östlich der Müllerstraße sollen zwei in den Bebauungsplan X aufzunehmende Straßen 80c und 90a angelegt werden. Von ihrem Terrain an der Schöningsstraße hat die Gesellschaft gleichzeitig eine Fläche von circa 5580 Quadratmeter für 25 H. den Quadratmeter der Stadt zu Schulzwecken angeboten, wenn dafür die für die ihr verbleibenden Flächen grundbuchlich eingetragenen Baubestimmungen — daß neue Baulichkeiten zwei Meter von der Grenze nach der Straße zurückbleiben müssen und nur Häuser mit höchstens zehn Wohnungen errichtet werden dürfen — gelöst werden. Der Magistrat ist auf das Angebot eingegangen.

Stadtv. Dr. Kraus (Soz.) beantragt Aussch.beratung. Die Gesellschaft würde bei der Lösung dieser Verpflichtungen auch dann noch ein glänzendes Geschäft machen, wenn sie das Schulgrundstück der Stadt schenkte. Man sollte sich nicht auf diese Lösungen einlassen; Mietskasernen gäbe es im Norden gerade genug, und den neuen Schülerpark sollte man vollends nicht damit umgeben. Die Mietskasernen damit nicht verteuert werden.

Die Vorlage geht an einen Aussch.
Im März 1908 hatte die Versammlung einen neuen Ortsstatut betreffend die Anlage von Straßen und die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Straßenherstellung angestimmt, welches das geltende Statut vom März 1877 ersetzen sollte. Noch heute indes, mehr als 4 Jahre nach jenem Beschluß, ist das neue Statut nicht in Geltung; die Veranlassung mehrerer Bestimmungen durch die Aussch.berichter, den Oberpräsidenten und die Ressortminister des Innern und der öffentlichen Arbeiten, hat zeitraubende Verhandlungen nötig gemacht, deren Ergebnis eine jetzt der Versammlung vorgelegte anderweitige Fassung ist. Nach der Versicherung der Begründung sind wesentliche Änderungen in den neuen Vorschlägen nicht enthalten.

Das neue Statut wird ohne Debatte genehmigt.
Die Vorlage wegen Zahlung eines Beitrags von 20 000 M. zum Bau der Chaussee von Gütergoh nach Philippsthal, Austausch von städtischen Ländereien in der Potsdamer Forst gegen fiskalisches Gelände in der Gemarkung Gütergoh und Abzahlung eines Vertrages wegen Pachtung und Regulierung eines Entwässerungsgrabens in der Potsdamer Forst bezieht Stadtv. Barth (N. L.) als sehr unübersichtlich und undurchsichtig. Er beantragt Aussch.beratung.

Stadtv. Kraus, der den gleichen Antrag gestellt hat, verzichtet auf's Wort.
Der Antrag Barth wird angenommen.

Die nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Vorträge betreffend

1. den Generalkostenanschlag für den Neubau der dritten Irrenanstalt in Buch.
 2. den Ankauf eines Grundstücks in Köpenick.
 3. die unentgeltliche Abtretung des zum Bau der projektierten Industriebahn Tegel-Friedrichsfelde erforderlichen städtischen Grund und Bodens in den Gutsbezirken Rosenhof und Blankenburg und im Gemeindebezirk Hohen-Schönhausen
- gelangen nach unentschiedener Debatte zur Annahme. Schluß gegen 8 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Senefelder-Bund.

Herr Justizrat G. Wertheim-Frankfurt sendet uns ein längeres Schreiben, in welchem er versucht, die 31 Kläger des Senefelder-Bundes gegen den Vorwurf, die Arbeiterschaft schädigen zu wollen, in Schutz zu nehmen. Es heißt in dem Schreiben u. a.:

Die 31 Kläger hätten dem Reichshofverordnungsgegenüber die Aufgabe übernommen, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche notwendig waren, um die als ungültig belämpften neuen Statutenbestimmungen betr. den Zwang zum Beitritt zur Gewerkschaftsliste außer Kraft zu setzen. Die 31 Kläger haben mit ihrem Begehren in zwei Instanzen abgelehnt.

Diese einseitige Verfügung, welche darauf gerichtet war, nur die Verfolgung der alten Vereinigungsverträge für zulässig zu erklären, schloß natürlich das Verbot in sich, das Vermögen des Senefelder-Bundes zu den durch die ungültigen Statutenbestimmungen eingeführten Zwecken zu verwenden. Trotzdem haben die 31 Kläger sofort nachdem diese Entscheidung zu ihren Gunsten gefallen war, ein s t m i g beschloffen, das Vermögen der Gewerkschaftsliste des Senefelder-Bundes, abgesehen von den unter Protest gehaltenen Gewerkschaftsbeiträgen, für Unterstützungszwecke freizugeben. Die 31 Kläger haben sich damit begnügt, ihre Pflicht hinsichtlich der ihnen anvertrauten Interessen zu erfüllen, und gerade die einstimmige sofortige Freigabe der Gewerkschaftsliste beweist, daß ihnen nichts ferner gelegen hat als die Absicht, ihren Kollegen in dem gegenwärtigen Lohnkampf und der Aussperrung Schwierigkeiten zu bereiten. Soweit sie dies ohne Freizügigkeit des von ihnen erwünschten Zieltes möglich machen konnten, haben sie auf die ihnen durch das Urteil gewährten Rechte Verzicht geleistet.

Da meine Auftraggeber annehmen, daß Ihnen diese Verhältnisse, insbesondere die Freigabe der Gewerkschaftsliste unbekannt geblieben sind, so bitte ich Sie, in geeigneter Weise Ihre Publikation vom 12. Juni 1908 richtigzustellen.

Schlichtungsboll

Carl Wertheim, Justizrat.

Die Gewerkschaftskommission der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe Deutschlands stellt uns dazu eine Erklärung zur Verfügung, der wir folgendes entnehmen:

Das neue Statut des Bundes ist in durchaus einwandfreier Weise zustande gekommen. Es wurde allerdings vom Gericht für ungültig erklärt, da seitens des Herrn Justizrats Wertheim Argumente ins Gefecht geführt wurden, die jeder Beschreibung spotten. So hat er z. B. im Klagenantrag ausgeführt:

... Der Beweggrund für die Aenderung der Satzungen sei ein rein politischer. Die von den Gewerkschaften geplante Veranstaltung

eines Generalstreiks verurteile das Bestehen derselben, die bisher bestehenden unpolitischen Arbeiterverbände aufzulösen.

Die Umwandlung geschah in einer Generalversammlung, die durchaus statutengemäß tagte und wurde dort mit 42 gegen drei Stimmen beschloffen. Die Klage gegen diesen Beschluß war eine ganz unmögliche Sache. Aber der Herr Justizrat kennt die herrschende Stimmung, darum sein Bestreben, aus dem Prozeß einen politischen Tendenzprozeß zu machen, darum auch der unter anderen Umständen ganz unmögliche „Sieg“ der Kläger.

Auf Antrag der Kläger hat das Landgericht durch die erwähnte Verfügung dem Bundesvorstand bei einer Strafe bis zu 1500 M. oder sechs Monaten Haft untersagt, irgend eine gewerkschaftliche Tätigkeit auszuüben, was natürlich die Sperrung der Gewerkschaftsliste zur Folge hatte. Dies wurde ingeizert, obgleich unsere Kollegen in Deutschland gekündigt, d. h. ausgesperrt waren.

Der Herr Justizrat stellt die Sache so hin, als hätten die Kläger lediglich die Rechte der anderen Protestler wahren wollen, die sonst als Bundesmitglieder ebenfalls mitausgesperrt worden wären. Der Herr Justizrat irrt sich. Wir stellen hiermit fest, daß den Protestlern seitens des Schlichtungsboll Deutscher Steinbruckermeister erklärt worden ist, daß sie nicht ausgesperrt würden. Sollten sie deshalb wegen Streikbruchs aus dem Senefelder-Bund ausgeschlossen werden, so sollten sie gegen den Bund kläglich vorgehen, der Schlichtungsboll Deutscher Steinbruckermeister werde die Prozesskosten bezahlen.

Wenn der Herr Justizrat weiter sagt, die Kläger hätten dem Bund keine Schwierigkeiten bereiten wollen, so sieht andererseits fest, daß die Kläger in der Versammlung vom 12. Mai ausdrücklich von einem aus ihrer Mitte darauf aufmerksam gemacht wurden, daß der Bund bei Erlaß einer solchen Verfügung in eine missliche Lage kommen könne, worauf erwidert wurde, daß man darauf keine Rücksicht nehmen dürfe. Das war dieselbe Klägersammlung, in der beschloffen wurde, die Verfügung beim Gericht zu beantragen. Die Kläger haben darüber durch ein Flugblatt vom 15. Mai selbst berichtet.

An den durch die Verfügung des Landgerichts geschaffenen Zuständen ändert die sogenannte „Freigabe“ der Gewerkschaftsliste nicht das geringste. Die Klage ist zunächst durch gerichtliche Verfügung gesperrt, und diese Verfügung verliert erst ihre Wirksamkeit mit der Beendigung des Prozesses. Die Kläger haben unser Erachtens gar kein Recht, diese Verfügung aus eigener Kraft zu annullieren; meinen sie es wirklich ernst, so haben sie so rasch als möglich einen Weg zu suchen, der den Prozeß beendet. Erst das würde in Wirklichkeit die Freigabe der Gewerkschaftsliste bedeuten.

Aber selbst, wenn ihre jegliche Freigabe rechtswirksam wäre, so würde das auf die im Gang befindliche Lohn- und Aussperrungsbewegung gar keinen Einfluß ausüben. Unser Streikfonds bleibt gesperrt. Dieser besteht aus dem Vermögen des alten Verbandes der Lithographen usw., der sich infolge der Verschmelzung auflöste. Wir haben in unserem Aufruf vom 16. d. M. schon im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, ebenso haben wir darin schon die „Freigabe“ der Gewerkschaftsliste erwähnt. Dieser unser Streikfonds befindet sich in den Händen einer Liquidationskommission, die ihn dem Bund unter der Bedingung übergeben soll, daß er die Aufgaben des aufgelösten Verbandes übernimmt. Weiter kann sie über das Vermögen nicht verfügen, nur zu dem einen Zweck hat sie es in Verwaltung. Nun ist aber durch das Vorgehen der Kläger dem Bund einzuweisen unmöglich gemacht, die statutenmäßige gewerkschaftliche Tätigkeit auszuüben, es kann daher die Liquidationskommission nicht liquidieren, denn damit würde sie unseren Streikfonds der Willkür der bürgerlichen Gerichte anliefern. Darum bleibt trotz der sogenannten „Freigabe“ der Gewerkschaftsliste unser Streikfondsvermögen der jeglichen Lohnbewegung entzogen. Daran ändert auch die Erklärung des Herrn Justizrats nicht das geringste, zumal das drakonische Verbot gegenüber dem Hauptvorstand des Bundes bestehen bleibt.

Stimmen aus dem Zukunftsaat. Die Porzellanfabrik von Schwabe u. Co. in Reichenbach (S.-A.) suchte jüngst in der „Keramischen Rundschau“ Schleiher bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung. Einem Schleiher, der sich auf einen solchen Posten meldete, schrieb die Firma, sie sei nicht abgeneigt, ihn zu engagieren, er solle ihr aber zuvor mitteilen, welchen Lohn er beanpruche. Als der Mann zurückkehrte, er verlange bei zehnjähriger Arbeitszeit 28 M. Wochenlohn, ging ihm von der Firma ein Schreiben folgenden Inhalts zu:

„Herrn R. N. in B.“

Die von Ihnen gestellten Bedingungen sind wohl Stimmen aus dem Zukunftsaat? Wir werden Sie weder im Akkord noch im Tagelohn noch im Wochenlohn anstellen, sondern danken für Ihre Person.

Achtungsboll

Schwabe u. Co.“

Schade, daß Schwabe u. Co. nicht zugleich mitgeteilt haben, bis zu welcher Grenze bei ihnen die gegenwärtigstaatliche Bezahlung und Arbeitszeit reicht.

Berlin und Umgegend.

Solidarität. Weil die Firma Schmalisch u. Below versucht, durch Anwerbung christlicher Arbeitwilliger die frei organisierten Pfleisenleger ganz aus ihrem Betriebe zu verdrängen, haben gestern sämtliche Bodenleger, Anschläger, Glaser, Einseker und Zimmerer der genannten Firma die Arbeit auf dem Bau Mohrstraße 38 und 39 eingestellt.

Achtung, Schuhmacher! In den Geschäften in Steglitz und Umgegend sind zwischen den Unternehmern und Arbeitern wegen der Lohnfrage Differenzen ausgebrochen. Es wird ersucht, Zugang fernzuhalten.

Die Firma Hartung ersucht um Aufnahme des Folgenden: Die in Nr. 141 dieser Zeitung gebrachte Darstellung, laut welcher die Arbeitseinstellung bei der Firma Hugo Hartung deshalb erfolgt sei, weil die Firma die bereits bewilligte Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde zurückgezogen habe, ist dahin zu berichtigen:

Auf die von den circa 80 Hilfsarbeitern geforderte Lohnerhöhung von 5 Pf. und Kernmachern von 2 1/2 Pf. pro Stunde ist von der Firma eine Durchschnittserhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde im Vergleichsverhältnis bewilligt worden, unter der Bedingung, daß damit die Differenz gütlich beigelegt ist.

Nachdem dieser Vergleichsvorschlag von den Arbeitern abgelehnt und der Streik proklamiert wurde, hat die Firma Hugo Hartung ihren Vergleichsvorschlag zurückgezogen.“

Die Glaser Verlags haben ihren Lohnsatz zum 1. August 1908 gekündigt. Die neuen Forderungen wurden den Unternehmern zugestimmt. Es wird gefordert: ein dreijähriger Tarif, erstes Jahr 75 Pf. Stundenlohn bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit, im zweiten Jahr 80 Pf. Stundenlohn bei 8 stündiger Arbeitszeit, und im dritten Jahre 85 Pf. Stundenlohn. Außerdem Aufhebung des Innungsabzeichens. Die Unternehmer befehlen die Dreistufigkeit, diese Forderungen mit einem wesentlich niedrigeren Lohnangebot als die Sätze im alten Tarif zu beantworten und begründeten ihre Verlangen mit angeblichem Mangel der Leistungen der Gesellen. Solche Beschimpfungen wegen dieser Heren der Arbeiterschaft zu bieten, obwohl sie fast sämtlich in der Lage waren, ihre Geschäfte erheblich zu vergrößern. Unter allgemeiner Entzweiung nahmen in einer Versammlung am 18. Juni die Mitglieder des Zentralverbandes Kenntnis von dem Schreiben. Die Arbeiter werden zu gegebener Zeit dem Unternehmertum schon die richtige Antwort erteilen.

Deutsches Reich.

Erfolg der Organisation. Nach wiederholten Verhandlungen vor dem Einigungsamt hat die Verwaltungsstelle Wägen des Zentralverbandes der Schmiede Deutschlands mit der Zwangsinnung der Hufschmiedemeister in München einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 1/2 Stunden und Mindestlöhne festgelegt werden. Der von der Gehilfenorganisation eingerichtete Arbeitsnachweis wird von den Arbeitnehmern anerkannt und benutzt. Das sogenannte „Um-

schauen“ ist verboten. Kost und Logis beim Meister ist nicht statthaft. Die Freigabe des 1. Mai bleibt freier Vereinbarung überlassen.

Die Maurer in Landshut (Niederbayern) sind, da ihre Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes und Verkürzung der Arbeitszeit vom Unternehmertum prozig zurückgewiesen wurden, in den Ausstand getreten. Die „christliche“ Maurerorganisation besteht im ganzen aus fünf Mann, vier davon machten Streikbrecher; von diesen konnten noch drei zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt werden, während der andere, der Vorsitzende dieser christlichen Arbeiterorganisation, weiter schuftet.

Auch die Buchbinder Nürnbergs, die in Buchbindereien, Kartonnagenfabriken, Präge- und Kunstankalten beschäftigt sind, haben sämtlichen Unternehmern einen Minimallohn tarif vorgelegt. Die darin aufgestellten Forderungen sind u. a.: neunstündige Arbeitszeit, 20 M. Minimallohn im ersten Gesellenjahre, steigend um jährlich 1 Mark pro Woche bis zum Betrage von 26 M., Bezahlung der gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage; für die Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7,50 M. beim Eintritt und steigend bis 15 M. innerhalb dreier Jahre, für Spezialarbeiterinnen 10 bis 15 M., Zuschläge für Überstunden von 25, 33 1/2 und 50 Proz., je nach Dauer, Erhöhung der Akkordlöhne um 15 Proz., Garantierung des Höchstlohnes für Akkordarbeiter, Heimarbeit darf an das Personal nicht verabsolgt werden, Freigabe des ersten Mai.

Textilarbeiteraussperrung in Euskirchen (Rheinland). Die Firma Schiffmann u. Kleinert in Euskirchen hat den ausständigen Webern mitgeteilt, wenn sie bis Sonnabend die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten, würden sämtliche Textilarbeiter Euskirchens ausgesperrt. Zugleich zog die Firma die bisher gemachten Zugeständnisse zurück. Die Ausständigen denken nicht daran, sich durch die Drohung beirren zu lassen.

In der Eisenhütte von W. Stolte in Euskirchen sind die Former und Gießereiarbeiter ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, Überarbeit zu machen, die nicht bezahlt wurde.

Die Stahlformer der Firma Rönkenmüller u. Co. in Bonn sind sämtlich wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten.

Zum Streik der Holzträger im Duisburger Hafen. Es haben sich so ziemlich sämtliche Holzträger im Hafengebiet der Bewegung angeschlossen. Nur ganz vereinzelt taucht hier oder dort ein Streikbrecher auf. Die meisten Firmen sind vollständig stillgelegt. Mehrfache Versuche, Holländer und Italiener als Streikbrecher heranzuziehen, sind nur insofern geglückt, als die Leute bis zur Arbeitsstätte kamen. Nachdem sie dann jedoch über den Sachverhalt aufgeklärt waren, machten sie gemeinsame Sache mit den Ausständigen. So machte es am Montag ein Trupp von 60 Italienern! Nicht ein einziger davon blieb. Das Unternehmertum ist dem auch ganz aus dem Häuschen. Mehrere Firmen haben bereits betwilligt, darunter die größte Firma Maack. Wenn der „Zug“ sich weiter so verhält wie bisher, dann wird innerhalb acht Tagen der Sieg ein vollständiger sein.

Ausland.

Ein allgemeiner Buchdruckerarif soll nach den Beschlüssen der Delegiertenversammlung schweizerischer Buchdruckermeister zur Einführung kommen. Derselbe soll an Stelle des bisherigen Ortsarifs treten und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten Gehilfenschaft einheitlich regeln. Die Verhandlungen, die zwischen den beiden Organisationen eingeleitet werden, sollen sich auch erstrecken auf die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Duma.

Petersburg, 21. Juni. (W. T. V.) Das Haus ist stark besetzt, da die Minister des Innern und der Justiz auf Interpellationen antworten wollen. Der Berichterstatter der Kommission zur Aufarbeitung einer Geschäftsordnung teilt mit, daß er Briefe aus London und Paris erhalten habe, in denen den russischen Abgeordneten der Vorschlag gemacht wird, eine parlamentarische Gruppe, die für internationale Schiedsgerichte eintritt, zu bilden. Die Duma nimmt den Vorschlag unter Beifallstundgebungen einstimmig an. Dann ergreift der Justizminister das Wort und die Duma hört seinen Ausführungen in tiefem Schweigen zu. Der Minister des Innern Stolypin, der nach ihm spricht, erklärt: Wenn ich auch zugebe, daß einige ungeschickte Akte der Polizeiverwaltung zur Last fallen, so lieben doch alle Beamte ihr Vaterland. (Rufe: Genug! Genug!) Der Dumapräsident lautet mit der Glosse: „Die Regierung“, fährt der Minister fort, „muß handeln und energisch für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Die Polizei erfüllt ihre Pflicht. Während der Unruhen sind allein 288 Polizeibeamte getötet und 388 verwundet worden.“ (Zwischenrufe: Das ist wenig! Genug! Genug! Das ist wenig! Genug!) Der Präsident erhebt sich und ruft: Die Freiheit des Wortes steht in diesem Saale jedermann zu. Der Minister schließt seine Rede mit den Worten: Die Regierung wird handeln wie eine Schildwache, die ihr altes Gewehr nicht fortwerfen darf, bevor sie ein neues erhalten hat. (Weisen und Gelächter. Rufe: Genug!) Es herrscht große Aufregung.

Herr Krusoff, früher Gehilfe des Ministers des Innern, erwidert dem Minister Stolypin und führt aus, die Regelungen wurden immer von geheimen Kräften organisiert und es sei unmöglich, irgend jemand gegen diese gewissermaßen von der Regierung ausgehenden Vorgänge zu schützen. Redner führt zahlreiche Beispiele an und schließt, die Duma müsse den Herrscher verteidigen für das Wohl Russlands wirken und gegen Leute kämpfen, die die Erziehung eines Polizeibeamten erhalten hätten und deren politisches Glaubensbekenntnis auf Regelungen hinausliefen. Vinare, Robitschek und Kabakof halten darauf heftige Reden. Robitschek sagt unter anderem, der Kanerot des Staates werde eintreten, bevor das Volk beginnen werde, sein Blut zu vergießen. Alle diese Reden veranlassen lärmende Rufe: „Nieder mit der Regierung!“ Nach diesen Reden ergreift unter fortwährendem Lärm: „Entlassung nehmen!“ nochmals der Minister des Innern das Wort und sagt: „Ich werde mich durch Ihre Lärmen nicht irre machen lassen, ich habe ein gutes Gewissen.“ (Anhaltender Lärm.) Die Minister verlassen unter den Zurufen: „Mörder! Mörder!“ den Saal. Der Präsident unterbricht die Sitzung für eine Stunde. Nach Wiederaufnahme der Sitzung beschließt die Duma, die Anträge betreffend die bürgerliche Gleichheit an die Kommission zu verweisen.

Revolutionäre Streiks.

Petersburg, 21. Juni. (W. T. V.) In Saratow nimmt die Streikbewegung zu. Die Zimmerleute, Steinmetze, Bauarbeiter, Maler und Stukkateure sind in den Ausstand getreten und haben die Arbeitstillen gezwungen, sich ihnen anzuschließen. Ebenso dauert der Streik der Bäder fort. Weiter wird gemeldet, daß in der Umgegend von Sinesopol Versammlungen stattfinden, an denen zahlreiche Arbeiter, Studenten, Kaufleute und viele Soldaten besonders regen Anteil nehmen. Die Versammelten fordern Amnestie, Land und Freiheit.

Schwere Folgen von Unwetter.

Konstantinopel, 21. Juni. (Weldung des Wiener L. L. Telegraphen-Bureau.) Infolge starker Regengüsse trat in Sogulidam am Schwarzen Meere eine Ueberflutung ein. Die Aulengraben wurden unter Wasser gesetzt. Zahlreiche Häuser sowie die Kirche stürzten ein, die Brücken wurden fortgerissen. Ungefähr 40 Personen, gemeist Vergleute, fanden den Tod, zahlreiche Personen werden vermisst. Auch in Smyrna und Quemeit hat das Hochwasser an den Weinbergen großen Schaden angerichtet.

Die Revolution in Rußland.

Wialystof.

Für einige Zeit ist die Schmach von Wialystof zu einer ständigen Mutil in allen Zeitungen des Erdballes geworden...

Man braucht nur ganz oberflächlich mit den russischen Verhältnissen bekannt zu sein und man wird von vornherein gewahrt haben...

Der hiesige „Korjer Poranny“, ein gut geleitetes und, soweit die hiesigen Verhältnisse es zulassen, gut unterrichtetes Blatt...

Ein anderes Beispiel: Am zweiten Tage des Pogroms wollte die jüdische Gemeinde von Wialystof einen Hülfers an die Duma senden...

Die mit der Untersuchung der Wialystof'schen Schandthaten beauftragte Duma-Kommission bemüht sich folgende Feststellungen zu machen:

1. Untersuchung über die Herkunft der Hooligans. Wer ließ sie nach Wialystof kommen...

2. Wer gab Soldaten Befehl zum Einschreiten, zur Verteilung von Munition? 3. Durch wessen Vermittlung wurden den Hooligans die jüdischen Geschäfte und Wohnhäuser...

4. Durch wen wurden christliche Bedienstete der Juden rechtzeitig veranlaßt, ihre Stellungen wegen Gefahr für Leib und Leben zu verlassen? 5. Wer ist Urheber des Befehls, zu morden und zu rauben in Wialystof...

6. In wessen Händen befindet sich in diesem Augenblick der mörderische Befehl für das Massaker? 7. Welche Soldatenabteilung, welche Polizisten und Hooligans nahmen an Mordtaten teil? 8. Was taten während der Mordtaten die Ober- und Unterbefehlshaber der Truppen...

9. Woher erhielten die einzelnen Truppenteile ihre Instruktionen? 10. Zahl der demobilisierten oder geplünderten Geschäfte und Wohnungen? 11. Wie hoch ist der Gesamtschaden? 12. Wieviel Menschen fielen? 13. Zahl der Obdachlosen und Waisen? 14. Ist Befehl zur Verhaftung von Märdern, Mördern, Dieben gegeben?

Die deutsche Regierung schiert sich bekanntlich den Teufel darum, ob irgendwo in fremden Ländern fremdes Volk gepeitscht, gefoltert, verbrannt, erwürgt wird...

Forderungen seien erfüllt worden, worauf die Mannschaften den eingestellten Wochendienst wieder ausnahmen.

Zu der Tulaer Garnison ist eine Gärung in vollem Gange, da die von den Mannschaften gestellten Forderungen abgelehnt worden sind.

Die Unruhe im Lande wächst.

„Stowo“ meldet aus Niga: Die Lage in Liviland, besonders im Kreis Wall, ist höchst beunruhigend.

„Stowo“ meldet ferner aus Odesa: Das Militärgericht verurteilte drei Personen wegen eines Mordbühleralles zum Tode durch Erschießen...

Niga, 21. Juni. Sämtliche hiesigen Privatbanken haben an den Generalgouverneur die Bitte gerichtet, ihnen militärischen Schutz zu gewähren...

Aus der Duma.

Petersburg, 21. Juni. In der Vormittagssitzung wird über die Anträge auf bürgerliche Gleichheit beraten.

Der Abgeordnete Lewin erklärt, eine Judenfrage gebe es nur in Rumänien. Es sei notwendig, daß Rußland in dieser Angelegenheit Frankreich, England und Deutschland ähnele und nicht Rumänien.

„Gibt eine Zeitung! Gebt eine Zeitung!“ Aus Petersburg wird geschrieben: In der Provinz, unter der Querschnitts, wird eine ungeheure Nachfrage nach Zeitungen beobachtet.

Die Zeitung selbst auf das sorgfältigste geschont wird. Sobald einer angeht, läuft er mit dem gedruckten Blatt Papier nach Hause, um den erwachsenen Bauern die heißersehnte geistige Nahrung zu liefern.

Die beiden taktischen Auffassungen in der russischen Sozialdemokratie.

Der letzte Parteitag der russischen Sozialdemokratie, der sogenannte „Vereinigungsparteitag“, hat zwar die beiden einander bekämpfenden Fraktionen organisatorisch in den Rahmen einer Partei zusammengeführt...

Die Partei selbst auf das sorgfältigste geschont wird. Sobald einer angeht, läuft er mit dem gedruckten Blatt Papier nach Hause, um den erwachsenen Bauern die heißersehnte geistige Nahrung zu liefern.

Die Partei selbst auf das sorgfältigste geschont wird. Sobald einer angeht, läuft er mit dem gedruckten Blatt Papier nach Hause, um den erwachsenen Bauern die heißersehnte geistige Nahrung zu liefern.

Aus der Partei.

Der Wachstum der Presse. Seit Anfang dieses Jahres ist die Abonnentenzahl der „Freien Presse“ zu Ebersfeld-Barmen um über 3000 gewachsen.

Die Zweifelhafte im Wahlkreis Sorau-Nord. In der Erklärung des Genossen Wardwald in Nr. 140 des „Vorwärts“ schreibt uns Genosse Paul Plottke-Forsch, Abgeordneter der „Pörlischen Volks-“

das Verhalten der Sozialdemokratie zur Duma und die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie. Diese beiden Fragen sind bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Rußland so eng mit einander verflochten...

Der selbständige Aufmarsch der bürgerlichen Demokratie hat sich unter der Fahne der R.-D.-Partei vollzogen; dies ist leicht dadurch zu erklären, daß die extremen Parteien dank der Bemühungen...

Die erste Pflicht und die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie ist daher nicht nur die Bekämpfung der konstitutionellen Illusionen selbst, sondern auch die Bekämpfung der Partei, die sich deren Verbreitung als Ziel gesetzt hat...

Der Standpunkt der „Minorität“ ist wesentlich ein anderer. Im Gegensatz zur „Majorität“ legt sie der Duma keine antikonstitutionelle, sondern eine revolutionäre Bedeutung bei.

Beide von uns dargelegten taktischen Ansichten haben in gewissem Grade Recht, sowie sie auch in gewissem Grade Unrecht haben. Ein Fehler, der beiden im gleichen Maße anhaftet, ist, daß sie ihre Taktik nur auf eine Entwicklungsmöglichkeit der Revolution...

„Gebt eine Zeitung! Gebt eine Zeitung!“

„Gebt eine Zeitung! Gebt eine Zeitung!“ Aus Petersburg wird geschrieben: In der Provinz, unter der Querschnitts, wird eine ungeheure Nachfrage nach Zeitungen beobachtet.

Die Zeitung selbst auf das sorgfältigste geschont wird. Sobald einer angeht, läuft er mit dem gedruckten Blatt Papier nach Hause, um den erwachsenen Bauern die heißersehnte geistige Nahrung zu liefern.

Aus der Partei.

Der Wachstum der Presse. Seit Anfang dieses Jahres ist die Abonnentenzahl der „Freien Presse“ zu Ebersfeld-Barmen um über 3000 gewachsen.

Die Zweifelhafte im Wahlkreis Sorau-Nord. In der Erklärung des Genossen Wardwald in Nr. 140 des „Vorwärts“ schreibt uns Genosse Paul Plottke-Forsch, Abgeordneter der „Pörlischen Volks-“

Nunne*, der den von Markwald angegriffenen Bericht über die Fortschritt-Parteiversammlung verfasst hat, daß er seine Wiedergabe der Markwaldschen Rede aufrecht erhalte. N. habe sich wörtlich geäußert, habe speziell gesagt: „... so werdet Ihr auch des Mannes gedenken, der Euch den Idealismus ins Herz gepflanzt hat...“ Daß er diese Stelle der Rede richtig wiedergeben, haben ihm viele Genossen, darunter Freunde Markwalds, bezeugt.

Die Parteibewegung in Hürtz i. V. hat einen so erfreulichen Aufschwung genommen, daß die Geschäfte des Sozialdemokratischen Vereins nicht mehr im Nebenamt erledigt werden können. Es wurde daher beschloffen, einen Parteisekretär mit einem Gehalt von 2000 Mark anzustellen. Als solcher wurde der Genosse Born, der auch der Stadtverwaltung als Gemeindebevollmächtigter angehört, gewählt.

Personalien. Von der Kreisprekominmission des Wahlkreises Duisburg-Rhein-Überhausen-Mühlort wurde als Redakteur für das am 1. Oktober erscheinende Kopfblatt der Genosse Stephan Heise-Düsseldorf gewählt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Mit dem eigenartigen Desist „Anreizung zum Massenbetrug“, das die Dresdener Staatsanwaltschaft zum Zweck der Verfolgung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der Dresdener Gauleitung des Metallarbeiterverbandes konstruierte, ist es nicht gewesen. Die Aktion sollte, wie wir seinerzeit berichteten, das Verbrechen rächen, das das Dresdener Parteiblatt und die Gauleitung der Metallarbeiter angeblich begangen hatten, indem sie vor der großen Metallarbeiterausperrung den organisierten Arbeitern rieten, die von den Unternehmern geforderten Erklärungen, wonach sie dem Verbands nicht angehörten, ruhig zu unterzeichnen. Den Unternehmern sollte so die Möglichkeit genommen werden, die Organisierten von den Unorganisierten zu scheiden, um die ersten auszusperrten. Dieser Schandtag gegen den Terrorismus der Unternehmer erschien der Dresdener Staatsanwaltschaft als ein schweres Verbrechen, das sie ahnden mußte. Bekanntlich wurden Genosse Grösch als verantwortlicher Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“ und Gen. Heldt als Vorsitzender der Gauleitung dem auch verantwortlich wegen Anreizung zum Massenbetrug vernommen. Zwischenmisch aber die für die Interessen der Unternehmer so sehr besorgte Staatsanwaltschaft wohl eingesehen haben, daß dieser Vorstoß doch scheitern müsse und so hat sie den Rückzug vorgezogen. Genosse Heldt erhielt auf eine Anfrage die Mitteilung, daß das Verfahren eingestellt worden ist.

Freigesprochen wurden am Mittwoch die Genossen Niem und Wallisch aus Dresden und Müller aus Gölitz von der Anklage, die Polizeibehörde zu Hannover beleidigt zu haben, vor der Strafkammer zu Gölitz. Genosse Niem war angeklagt, als Verantwortlicher der betreffenden Nummer der „Gölitzer Volkszeitung“, die ein Kopfschlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist, Genosse Wallisch als Geschäftsführer der Dresdener Parteibücherei und Genosse Müller als Verleger des Gölitzer Parteiblattes. Die Straftat lag zwei Jahre zurück; es handelt sich um einen Bericht über angebliche Inzesthandlung eines Beamten durch hannoversche Polizeibeamte. Die Verantwortlichen verschiedener Parteiblätter, die die Notiz brachten, vor allem der des hannoverschen „Volkswissen“ sind deswegen mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft worden. Beim Genossen Niem ging das aber nicht an, da er den schlüssigen Beweis erbringen konnte, daß er verheerlich als Verantwortlicher auf der betreffenden Nummer der Gölitzer „Volkszeitung“ angegeben war. Er wollte damals nämlich als Delegierter auf dem Krankenlagentage zu München. Der eigentliche Sänder, Genosse Düwcl von der „Sächs. Arbeiterzeitung“, der die Notiz in Druck gegeben hatte, war nicht mehr zu fassen, da längst Verjährung eingetreten war. Die Genossen Wallisch und Müller mußten natürlich freigesprochen werden, da sie für den Inhalt der Nummer überhaupt nicht verantwortlich waren.

Die Verleumdungen gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Verthold-Darmstadt, die vor einiger Zeit durch die Ordnungspresse gingen und die wir damals gekennzeichnet haben, werden, wie die Mainzer „Volkszeitung“ mittels, zu einem gerichtlichen Nachspiel Veranlassung geben. Der Rechtsbeistand des Genossen Verthold wird zunächst vernehmen eine offizielle Klage durch die Staatsanwaltschaft zu erwirken, und man darf gespannt sein, wie diese Behörde, die sich dem Abgeordneten Veder gegenüber so bereitwillig zeigte, im Fall Verthold stellt. Sollte sich die Staatsanwaltschaft ablehnend verhalten, wird gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tägl. Anz.“, den Journalisten Hannemann, und einige ehrenwerte Darmstädter Bürger, die sich besonders bei der Würdenfolportage hervortraten, Privatklage erhoben. Dem Herausgeber des „Tägl. Anz.“ soll, wie der Mainzer „Volkszeitung“ mitgeteilt wurde, die Affäre sehr unangenehm sein — wahrscheinlich auch schon wegen des Momentenschwundes — aber die in die Welt hinausposaunten Beleidigungen, nachdem man selbst einsehen mußte, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort war, aus eigener Veranlassung zurückzunehmen, davon ist keine Rede. Rationalistische Redlichkeit!

Das gloriose Beispiel Limans reicht immer mehr gleichgestimmte Seelen zu ähnlichen Heldentaten hin. Dem Strafantrag des Genossen Amisblattredakteurs, der zur Verurteilung des Genossen Jood-Gorha führte, reiht sich der Strafantrag eines Redakteurs P. G. Müller der „Zeitung für Hinterpommern“ zu Stolp an, der vom „Stettiner Volksboten“ beleidigt sein will. Unser Stettiner Parteiblatt bemerkt dazu:

„Ausgerechnet daselbe Blatt, welches sich andauernd die pöbelhaftesten Angriffe gegen die Sozialdemokratie leistet. Wir kritisierten beiläufig vor einiger Zeit in u. E. schonender Form, daß die „Zeitung für Hinterpommern“ wohl einen Angriff gegen den Genossen Plutow in Stolp bringe, sich aber weigerte, dessen Verichtigung aufzunehmen. Darob fühlt sich der Herr Redakteur P. G. Müller beleidigt...“

Zugleich trifft die Meldung ein, daß am Mittwoch in Eisenach der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Kunzengel, und der Kandidat des Eisenacher Kreises, Genosse Leber, zu je 60 M. Geldstrafe verurteilt wurden wegen Beleidigung dreier Agitatoren des Reichsverbandes für Sozialisten - Vernichtung. Die Reichsverbandes-Redeautomaten, die so empfindlich sind, pflegen sich selbst im plumpesten Schimpfen und Verleumdungen keinen Zwang aufzuerlegen. Aber sie üben sich beide gegen den Umsturz! Das ist zu bedenken.

Soziales.

Zur Erstattung der Krankenkassen.

Um den Erfolg der von einer Krankenkasse irtümlich geleisteten Unterstützungen handelte es sich bei einem namentlich für Krankenkassen wichtigen Rechtsstreit der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Magdeburg gegen die Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter usw. zu Magdeburg-Neustadt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte die jugendliche Ella Lohmütz, die als Arbeiterin der Firma Reinecke u. Kuben ihr Mitglied war, in der Jungendheilstätte Bogelfang untergebracht, wo sie vom 26. September bis zum 24. Dezember verblieb. Zwei Ärzte hatten begutachtet, daß das Mädchen an einem Irren, aber deutlich erkennbaren Lungenphosphorleiden leide, der offenbar auf tuberkulöser Basis beruhe, und daß bei der Konstitution des Mädchens, wenn es in der Stadt bleibe, die Gefahr eines tödlichen Ausganges bestehe. Eine vierteljährliche Lungenheilstättenbehandlung würde die beste Aussicht bieten, sie vollkommen zu heilen. — Da das Arbeitsverhältnis der Kranken zur genannten Firma nicht endgültig gelöst worden war, so wurde sie infolge Ueberfödelung der Firma nach Neustadt am 2. Oktober Mitglied der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter usw. zu Neustadt-Magdeburg. Gleichwohl zahlte die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Magdeburg die Kosten der Heilstättenbehandlung bis zum 24. Dezember mit täglich 3,50 Mark. Sie verlangte dann volle Erstat-

leistung für die Zeit vom 2. Oktober bis zum 24. Dezember von der Neustadt-Magdeburger Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter mit 24 M., angebend davon, daß ja das Mädchen in dieser Zeit nicht ihr Mitglied, sondern Mitglied der letzteren Klasse gewesen sei, und diese Klasse die eigentlich verpflichtete für die betreffende Zeit wäre. Die Neustädter Klasse verweigerte jedoch die Anerkennung des ganzen Anspruchs und erklärte sich nur bereit zur Zahlung des anderthalbfachen Krankengeldes für diese Zeit (2. Oktober bis 24. Dezember). — Nunmehr klagte die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Magdeburg gegen sie auf Zahlung von 24 M. Der Bezirksausschuß zu Magdeburg wies jedoch die Klage ab, indem er entschied, daß die Beklagte (die Neustädter Klasse) nicht mehr zahlen brauche, als sie angeboten habe, nämlich den anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes für die fragliche Zeitsdauer. Der Bezirksausschuß meinte: Eine Krankenkasse könne an Stelle der Leistungen gemäß § 8 des Gesetzes nach § 7 freie Kur und Verpflegung in einer Krankenanstalt gewähren, sei dazu aber nicht verpflichtet. Nach § 7 steht dem erkrankten Versicherten ein Recht auf Krankenhausbehandlung so wenig zu, daß die Klasse rechtlich nicht gehindert wäre, auch dann, wenn sie Krankenhausbehandlung zuerst habe eintreten lassen, später zu wechseln und wieder freie ärztliche Behandlung und Arznei zu gewähren. Das hätte das Oberverwaltungsgericht schon entschieden. Die beklagte Klasse hätte eventuell gegenüber der Ella Lohmütz so handeln können, nachdem diese ihr Mitglied am 2. Oktober wurde; es sei deshalb nichts dagegen zu machen, wenn sie vor Antrittung der Klage gegen sie erklärte, nur als Ersatz den anderthalbfachen Betrag des Krankengeldes zu geben.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Magdeburg legte Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, wo ihr Vertreter Weidland sich auf § 88 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes bezog, wonach Streitigkeiten zwischen Krankenkassen über den Ertrag irtümlich geleisteter Unterstützungen im Verwaltungsstreitverfahren zu entscheiden sind.

Der dritte Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts hob denn auch die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an den Bezirksausschuß zurück: Es handele sich hier um einen Streit im Sinne des § 88 Abs. 2. Die Klägerin habe etwas bezahlt, was sie an sich nach der Verleumdung nicht hätte zahlen brauchen. Nun könne die Beklagte nicht kommen und sagen, sie zahle als Ersatz das anderthalbfache Krankengeld und wäre damit von ihrer Erstattpflicht entbunden. Der Bezirksausschuß habe verkannt, daß es sich hier um eine Verleumdungshandlung handele. Allerdings sei der Klägerin nicht auf jeden Fall als Ersatz alles zuzusprechen, was sie irtümlich leistete. Es komme vielmehr darauf an, was die Beklagte an Stelle der Klägerin der Kranken gegenüber getan haben würde und welche Kosten sie dafür aufgewandt hätte. In dieser Höhe wäre die Beklagte der irtümlich leistenden Klägerin ersatzpflichtig. Der Bezirksausschuß habe dies nunmehr festzustellen.

Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Im Anschluß an den dritten ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine fand gestern die zwölfte Generalversammlung ihrer Großeinkaufsgesellschaft statt. Nach dem von Lorenz-Hamburg erstatteten Geschäftsbericht haben sich besonders die Einkaufsvereinigungen, die schon älter sind als die Großeinkaufsgesellschaft, aber erst durch sie wieder zu neuem Leben erweckt wurden, in sehr erfreulicher Weise entwickelt. Sie bezeichnen von der Großeinkaufsgesellschaft $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{10}$ ihres Bedarfs. Die Großeinkaufsgesellschaft selbst hat im abgelaufenen Jahre die Zahl ihrer Gesellschafter von 948 auf 386, der mit ihr in Geschäftsverbindung stehenden Vereine von 1306 auf 1305 gesteigert. Der Umsatz ist von fast 34 Millionen auf 38 750 199 M. gestiegen, der Wert der Warenvorräte von 1 710 000 M. auf 2 086 000 M. Der Reingewinn, der um 88 000 M. höher ist als im Vorjahre, soll wieder zur Verteilung von 2 Proz. Dividende an die angeschlossenen, von 1 Prozent an die nicht angeschlossenen Vereine dienen. Der Rest von 189 000 M. soll zu Reservefonds für verschiedene Fonds zurückgestellt werden. Der Geschäftsbericht wird genehmigt, die Geschäftsführer entlassen. Die Erhöhung des Stammkapitals von $\frac{1}{2}$ auf 1 Millionen wird gleichfalls nach den Anträgen der Geschäftsführer beschlossen, ebenso die Errichtung eines Lagerhauses in Düsseldorf. Die Großeinkaufsgesellschaft hat schon seit langer Zeit ein Grundstück bei Alen a. d. Elbe zur Errichtung einer Eisfabrik. Einsprüche der Anlieger und Schwierigkeiten, die von der Regierung bei der Konzessionserteilung gemacht wurden, zogen den Beginn des Baues lange hinaus, so daß die Großeinkaufsgesellschaft sich entschloß, bei Zerbst ein anderes Grundstück zu kaufen. Inzwischen ist auch in Alen der Rechtsstreit endgültig zugunsten der Großeinkaufsgesellschaft entschieden. Wo nun die Fabrik gebaut wird, steht noch dahin. In die eingehenden Darlegungen der Geschäftsleitung, deren Vorgehen schließlich gebilligt wurde, knüpfte sich eine längere Auseinandersetzung.

Eine weitere Aufgabe der Großeinkaufsgesellschaft ist die Errichtung eines Genossenschaftshauses in Hamburg. Dieses Genossenschaftshaus soll die Kontore und die Drucker- und Expedition insbesondere des „Genossenschaftlichen Volksblattes“ beherbergen. Den Bauplan im einzelnen wird aber erst die nächste Generalversammlung, die voraussichtlich im nächsten Jahre ebenfalls in Düsseldorf stattfindet.

Schließlich wurde noch ein Antrag des Konsumvereins Wülfelsdorf: „Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen stimmberechtigten Delegierten zur Generalversammlung zu entsenden. Die Kosten hierfür hat die Gesellschaft zu tragen und sind dieselben im Gewinnverteilungsplan mit zu berücksichtigen“, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Die faulen Vergleiche.

Die „Rhein.-Westf. Zig.“ täuscht auch wieder mal das alte, schon so oft widerlegte Märchen auf, die Leistung der Vergarbeiter sei zurückgegangen. Dieser Tage haben wir schon auf die verschiedenen Faktoren hingewiesen, die es ganz ausschließen, die Fördermenge als einen Maßstab der Leistungen gelten zu lassen. Das weiß auch das Scharfmacherorgan. In den ihm zur Verfügung stehenden Jahresberichten des Bergbauvereins kann es die Feststellung dafür finden, daß es in leichtfertiger Weise die Vergarbeiter beschimpft. Ausdrücklich wird da bemerkt, es sei ganz unstatthaft, die Fördermengen als Gradmesser der Leistungen zu benehmen. Trotzdem erlaubt sich das genannte Blatt folgendes zu schreiben:

„Nicht zuletzt muß die schwache Förderung aber auf die geringe Leistung der Arbeiter zurückgeführt werden, die in letzter Zeit auf fast allen Feldern wegen der günstigen Lohnverhältnisse zu beobachten ist. Man erhofft hierin zwar Besserung, sobald die Nachwirkungen der vielen Sonn- und Feiertage vorüber sind.“ Das ist ganz ungeschickt der Vorwurf der Faulheit. Wie sich bei einzelnen Gesellschaften die Minderleistung und die ebenso oft behauptete Verteuerung der Produktion für das letzte Geschäftsjahr bemerkbar macht, darüber lassen wir hier einige Angaben folgen. Die Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerks Lothringen in Gerthe bei Vochem erzielte einen Nettogewinn von 1 890 385 M. oder pro Tonne Förderung 3,281 M. gegen 2,812 M. im Jahre vorher. Bei solcher Wirkung der angeblichen Produktionsverteuerung dürfen die Herren Gewerke schon zufrieden sein. — Bei der Gewerkschaft „König Ludwig“ bei Aelinghausen stieg nach einem Bericht der „Rhein.-Westf. Zig.“ der Durchschnittslohn um 4 Pf. auf 4,50 M. und die Leistung pro Mann und Schicht auf 0,9502 Tonnen gegen 0,9178 Tonnen im Jahre vorher. Der Lohn stieg um 0,9 Proz., die Leistung um 3,53 Proz. Trotz der Lohnsteigerung gingen die Selbstkosten um 4 Pf. pro Tonne zurück und, obwohl der Ausfall durch den Streik auf $\frac{1}{2}$ Million Mark be-

rechnet wird, wurde doch noch ein Ueberschuß von 1 631 171 M. gegen nur 1 562 023 M. im Vorjahre erzielt. Die Faulheit der Vergarbeiter ist der Gesellschaft nicht schätzbar bekommen. — Sehen wir weiter nach in der „Rhein.-Westf. Zig.“ Nach ihrem Geschäftsbericht über das Ergebnis der Gewerkschaft des Steinkohlen- und Eisensteinbergwerks Karoline bei Holzwickede stieg der Lohn um 1,7 Proz., die Leistung um 0,012 To. pro Mann und Schicht. Bei Ausdehnung der 2 Streikmonate ergibt sie bei 3 Personen vermindelter Beschäftigung eine Mehrförderung von 8882 Tonnen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Da müßten die Vergarbeiter ja sichtlich gelautert haben! — Die Gewerkschaft „Porussia“ bei Merzen erzielte eine Steigerung der Leistung pro Mann und Schicht von 0,884 Tonnen auf 0,75 Tonnen und einen um 10 Pf. pro Tonne erhöhten Erlös. — Es ist eine recht saure Sache, wenn die Scharfmacherhelfer ihren Fleiß für den Nachweis steigender Faulheit bei den Arbeitern verwenden. —

Ein spekulativer Pfarrer. Einer von denen, die wohl predigen, „Du sollst nicht Schätze der Erde sammeln“, es aber für geraten halten, nicht nach dem Worte, das aus dem „Munde Gottes“ kommt, zu leben, scheint ein Pfarrer aus Köln zu sein, der seine „schmalen“ Einkünfte als Gottesmann durch Spekulation in Aktien aufbessern wollte. Aber da die theologische Weisheit für solches Handwerk nicht ausreicht, wurde er über den Köffel barbier und lief zur weltlichen Polizei. Es wird darüber folgendes berichtet:

Der Arzt Dr. E. in S. hatte dem Pfarrer L. in Köln, als dieser zu einer Kur in seiner Anstalt Aufenthalt genommen, im Jahre 1897 drei Aune der Brausesteinergruben Angelita II, Henriette II und Schön-Kemmen verkauft. Auf diese Aune erhielt der Verkäufer niemals einen Bewilligungsteil, wurde aber im Jahre 1902 durch das Landgericht Limburg zur Zahlung von 900 M. Zinsen verurteilt, worauf er die Aune gemäß § 130 des Verpflegungsgesetzes der Gewerkschaft zur Verfügung stellte. L. behauptete nun im Klageverlauf, von E. arglistig getäuscht worden zu sein, und verlangte vom Beklagten Rückzahlung von 3000 M. nebst 810 M. Zinsen. Das Oberlandesgericht Köln entschied auf Beurteilung nach dem Klageantrage.

So hat die weltliche Polizei die himmlische aus der Tasche geholt. Ob nun der Pfarrer von seinem Reichthum denen gibt, die nichts haben?

Wirtschaftliche Revolution in Amerika. Ein statistischer Bericht vom Census-Bureau in Washington über den großen Industrieaustausch New Jersey beschäftigt sich mit der industriellen Entwicklung dieses Staates in den Jahren 1900—1905 und zeigt ein bedeutendes Vorwärtsschreiten auf dem Wege industrieller Konzentration. Zusammengefaßt ergeben sich aus dem Bericht folgende Tatsachen:

Ein Mehr an Fabriken	um 9 Proz.
„ „ Kapital	„ 50 „
„ „ Arbeitern	„ 25 „
„ „ Löhnen	„ 35 „
„ „ Produktion	„ 40 „

Die enorme Zunahme der Produktion und des Kapitals bei einer verhältnismäßig geringen Zunahme der Fabriken zeigt eine starke Konzentration der Betriebe. Die Leistung des einzelnen Arbeiters in der Produktion ist viel mehr gestiegen, aber sein Anteil daran, die aufgeführte prozentuale Lohnsteigerung, bedarf noch einer erläuternden Erklärung.

Daß der Lohn des Arbeiters erhöht wurde, erklärt das „Philadelphia Tageblatt“ damit, daß in New Jersey die Arbeiter durch Selege eingeschränkt wurde, und infolgedessen eine außergewöhnliche Nachfrage nach Frauenarbeit hervorgerufen wurde, wodurch die Frauenlöhne in die Höhe gingen. Dagegen dürften die Löhne für die männlichen Arbeiter, von den Bauhandwerkern abgesehen, sich nicht in den genannten fünf Jahren verbessert haben. — Das steht fest: insgesamt ist die Produktion mehr gestiegen als die Lohnsumme. Das bedingt schon einen erhöhten Anteil des Kapitals am Arbeitsertrage. Es sind also auch durchgängig die Preise der Produkte gestiegen, die Kaufkraft des Geldes ist gesunken. Die wirkliche Lohnzunahme ist geringer als die nominelle, das bedingt ebenfalls eine Steigerung des auf das Kapital entfallenden Anteils am Arbeitsertrage. Darum können auch trotz gestiegener Lohnsumme erhöhte Dividenden zur Verteilung gelangen. Der Bericht gibt ein anschauliches Bild von dem jähen Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

Warenzeichenränder. In industriellen Kreisen wird darüber gesagt, daß in zunehmendem Maße Warenzeichen für alle nur denkbaren Waren, die der Antragsteller gar nicht führt und nie führen wird, vom kaiserlichen Patentamt eingetragen werden. Dies führt dazu, daß es immer schwieriger wird, neue Warenzeichen sich eintragen zu lassen, ohne daß man mit dem Inhaber ähnlicher Zeichen in Kollision gerät, welcher man oft nur durch Zahlung von Abstandsgebühren entgehen kann. Dies wird in vielen Fällen von den sogenannten Warenzeichenrändern ja auch nur beabsichtigt, indem sie ihre Warenzeichen für Tausende von Waren eintragen lassen. Andererseits kann die Eintragung von Warenzeichen für viele Waren auf einmal aus realen Motiven geschehen; es liegt dies sehr oft im Interesse des Exporthändlers und auch in solchem renommierten Industriefirmen, welche fürchten müssen, daß mit ihrem bekannten Warenzeichen Mißbrauch getrieben wird. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung der Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine. Es wurde zunächst beschloffen, einer Kommission die Angelegenheit zur weiteren Beratung zu überweisen.

100 Prozent Dividende. Die Berlinische Wodengellschaft verteilt auf das eine Million Mark betragende Aktienkapital für 1905 eine Dividende von 100 Prozent, gegen 80 Prozent im Vorjahre. Dabei verbleiben aus dem Reingewinn aber noch 222 517 M., die wahrscheinlich auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Spekulationsgewinne müssen selbstverständlich nachher von den Aktien aufgebracht werden.

Die Börse hat wieder Festtag, die Bank von England ermäßigte nämlich den Diskont von 4 Proz. auf $3\frac{1}{2}$ Proz. Der Status der Bank hat sich durch reichliche Goldzufüsse merklich geboben. Die Heraussetzung des Diskonts von $3\frac{1}{2}$ auf 4 Proz. war am 3. Mai d. J. erfolgt, weil man als Folge des Ereignisses in San Francisco eine starke Anspannung des Geldmarktes befürchtete. Diese Gefahr gilt nun als überwunden. Daß damit aber die politischen Vorgänge in Rußland an kritischer Bedeutung verlieren, will uns nicht einleuchten. Die Freude über das Ereignis wird noch durch viele Vermutungen verbittert werden.

Hamburger Staatsregal auf Gewinnung von Stein- und Kalkstein. In letzter Zeit haben mehrere Bergwerksgesellschaften mit vielen auf Hamburger Staatsgebiet (Niederrhein) wohnenden Grundeigentümern Salzschürferverträge geschlossen, gegen die jetzt auf legislativem Wege vorgegangen wird, um der weiteren Spekulation vorzubeugen. Die Hamburger Bürgerchaft nahm in ihrer Sitzung vom Mittwoch folgenden vom Senat eingereichten Gesekentwurf an:

„Steinsalz und die mit diesem auf derselben Lagerstätte vorkommenden sonstigen Salze sind von dem Verfügungsrecht des Grundeigentümers ausgeschlossen. Das Recht zur Auffindung und Gewinnung dieser Salze bleibt dem Staate vorbehalten.“ Damit ist den Privatkapitalisten ein fetter Brocken entzogen worden.

Aus der Frauenbewegung.

Die schwache Frau.

Der bürgerliche Mann spricht gern von der „schwachen Frau“ und ihrer zarten Konstitution, sobald sie als Konkurrentin ihm gegenüber auftritt. Seine rührende Fürsorge ist aber zu durchsichtig, als daß sie nicht bald von der Frau als Heuchelei erkannt werden würde. Es unangenehm es auch dem Mann sein mag,

Die Frau läßt sich nicht täuschen; sie weiß, daß er mit seinen Gedanken seinen heimlichen Konkurrenzneid verhehlen möchte, seinen Vorgesetzten, daß Frauen sich auf ein Gebiet wagen, das er allein beherrschen will. Und die Männer, welche für die moderne Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse kein Verständnis haben, geraten in eine fast komische Wut, wenn sie mit ansehen müssen, wie die Frauen sich immer mehr Gebiete erobern und der Mann fast niegendes vor ihnen mehr sicher ist. In den sogenannten höheren Berufen wird der Schein am lauteiten gehört, daß die Frau gehorcht sein möge; sie soll fern bleiben, denn sie könnte sich sonst leicht Schaden tun. Sie mag waschen, lachen, säubern und putzen, das ist vor Erziehung zusammengefaßt; sie mag schwere Landarbeit verrichten, in Biegeleien, Bergwerken und sogar auf Bauten arbeiten, in die Fabrik gehen, als Zeitungsfrau hundertmal treppauf, treppab rennen, als Marktwirtin sich bücken und plagen, die Nähmaschine treten von früh bis spät, — das alles kann die schwache Frau tun. Wenn sie aber als Lehrerin, als Ärztin, als Juristin, als Beamtin oder auch nur als Agentin auftreten will, dann wird sie gewarnt, daß ihre ganze Konstitution zu sehr angegriffen werde. Man komplementiert sie gern hinaus als galanter Mann; wenn sie aber trotzdem nicht gehen will, dann wird man groß, ganz hochgebührend, wie auf dem Münchener Lehrertage. Dann zeigt man ein müdenes — und damit das wahre — Gesicht und argumentiert mit den dümmsten Gründen. Es läßt aber alles nichts, die Frau drängt unablässig vor und erobert immer mehr Terrain trotz ihrer „zarten Konstitution“.

Was ist überhaupt Wahres an der Mär von der schwachen Frau? Sie hat durchschnittlich nicht einen so starken, rühmlichen Knochenbau, nicht so feste Muskeln wie der Mann, aber an Zähigkeit, die nimmer nachläßt und aushält bis zum äußersten, an Energie und Bedarrungsvermögen und an Aufopferungsfähigkeit steht sie dem Mann sicherlich nicht nach, — ja, sie übertrifft ihn vielleicht noch. Man sollte übrigens daran denken, daß es auf die starken Knochen und Muskeln immer weniger ankommt im Zeitalter der Elektrizität, der technischen Fortschritte auf allen Gebieten. Gerade die feineren Arten in menschlicher Kraftausführung sind es, die immer mehr in Anspruch genommen werden. Vornehme Männer brüsten sich damit, daß sie dem Vaterlande die Kräfte stellen, die es beschützen. Aber wer pöppelt die Kräfte groß, ganz abgesehen von dem schwereren Akt der Geburt? Das Aufziehen der Kinder in den ersten Lebensjahren. Die harte Pflege Tag und Nacht in unangenehmer Folge, besonders bei Krankheiten, erfordert physische Leistungen, denen ein Mann kaum gewachsen ist. Von der Frau werden die großen Anstrengungen mit einer kaum zu schätzenden Elastizität überwunden. Und welche Geduld ist dazu erforderlich, welche Selbstbeherrschung, und wie meißelt sich die Arbeit mit jedem Kinde! Da gilt die Frau als die beste Lehrerin und Erzieherin; nur später, wenn die Arbeit verhältnismäßig viel leichter geworden ist, dann will der Mann allein Lehrer sein unter der Begründung, die Frau werde von der Arbeit zu sehr angegriffen. Wenn die Arbeit sich besser lohnt, wenn sie reichere Früchte trägt und mehr Genuß bringt, dann soll die Frau davon ausgeschloffen werden. — Die Männer sollten die physischen Folgen solchen Verhaltens sich klar machen. Es härt bei den Frauen ein Gefühl der Erbitterung, die in Hohn und Mädelust auszuwachsen kann. Die schwache Frau entwickelt ihre Kräfte auch gegen den Willen der Männer, und sie erlangt Kräfte, denen der starke Mann vielleicht nicht gewachsen ist, wenn sie sich einmal bewußt gegen ihn richten würden. Die Frauenbewegung ist noch jung; ihre Veredlung gibt die Gewähr ihres Sieges, der in der Errettung der Gleichberechtigung mit dem Mann liegt. Mit der Kraft der steigenden Flut bricht die Bewegung sich Bahn, und wo ihr gewalttätiger Widerstand entgegensteht, wird, da sammeln sich die Kräfte mit wachsender Erbitterung, und sicher erringen die Frauen endlich den Sieg auch über hartnäckig verteidigte Positionen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag, 25. Juni, 8 1/2 Uhr: Generalversammlung. Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72.
Merschhof. Sonntag, den 24. Juni: Ausflug nach Haffelwerder. Treffpunkt bei Behr, Bismarckstr. 10, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Schöneberg. 9. Juli bei Obft: Vortrag Gen. Baumier, Weber Jued und Ziele der Frauen- und Mädchen-Bildungsvereine.

Verammlungen.

Stierter Wahlkreis.

Die Organisation des Streiks hatte zum Dienstag fünf Versammlungen einberufen; vier davon mit der Tagesordnung: „Was fordert die Sozialdemokratie?“ und eine (im Frankfurter Viertel) mit dem Thema: „Aus der Geschichte der Sozialdemokratie von 1860 bis zur Aufnahme des Sozialistengesetzes“. In dieser Versammlung, die in Weckers Saal stattfand, wurden „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie“ gegeben. Wie der Vorsitzende Wader bemerkte, handelte es sich darum, daß die älteren Genossen angeregt werden sollen, ihre Erfahrungen in der Berliner Arbeiterbewegung auszuwerten und diejenigen, welche in der Lage sind, dem Genossen Eduard Bernstein Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin zu liefern, dazu zu veranlassen. — Genosse Flatau, der das einleitende Referat hielt, besprach aus eigener Kenntnis der Dinge die Zeit vom ersten Auftreten Lassalles in Berlin bis zum Ende des Sozialistengesetzes. Die Ausführungen des Redners wurden dann durch die Genossen Schulz und P e g e, die ebenfalls über reiche Erfahrungen in der Arbeiterbewegung verfügen, in interessanter Weise ergänzt.

Für das Landsberger Viertel fand die Versammlung im „Elythum“ statt. Genosse W a d referierte. An der Hand des Erfurter Programms erläuterte er in leicht faßlicher Weise die Grundzüge und Forderungen unserer Partei und erwähnte die Anwesenden zum Schluß, den Vortrag nur als eine Anregung zu weiteren Selbststudien auf diesem Gebiete zu betrachten. Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall zu teil. In der Diskussion verfuhr der Genosse K o r a e z a l im Sinne des Referates zu sprechen. Kaum hatte er jedoch einige Sätze gesprochen, da kam es zu einem Zwischenfall, der in seiner Eigenart halb erbitternd, halb komisch wirkte und fast an schändliche Verammlungsorkommnisse erinnert. Der überwachende Polizeioffizier, ein blutjunger Leutnant, stülpte nämlich seine Widelbaube auf und erklärte schneidig, so könne er die Weiterführung der Versammlung nicht dulden; denn er könne den Redner nicht verstehen! Vom Vorsitzenden, Genossen K u p p e r, wurde darauf die Versammlung auf 15 Minuten vertagt. Als die Anwesenden sich von ihrer ersten Ueberraschung erholt hatten, bemühtigte sich ihrer natürlich eine unabhängige Heiterkeit. Allerdings wurden auch derbe Rufe des Unwillens über unsere gerüchelte preussische „Versammlungsfreiheit“ laut, die es gestattet, in solcher Art eine Versammlung zu stören. Man hatte unwillkürlich die Empfindung, als wenn dem Herrn

Leutnant die Versammlung zu lange dauerte und er sich aus dem hellen Saale hinaus in die frische Frühlingsluft sehnte. Sein Auftreten auf der Bühne aber mußte um so komischer wirken, als der Genosse K o r a e z a l, der unmittelbar vor der Pamppe stand, so außerordentlich laut sprach, daß jedes seiner Worte bis in den entferntesten Winkel des Saales drang. Nach Wiedereröffnung der Versammlung sprach er unter allgemeiner Heiterkeit dann allerdings noch lauter. Der dicht hinter ihm stehende Polizeileutnant muß ihn dann ja wohl verstanden haben. Wenigstens mochte er sich eifrig Notizen und befehligte die Versammlung nicht mehr mit weiteren Störungsvorfällen.

Mit einem treffenden Hinweis des Genossen K u p p e r darauf, daß auch solche Vorkommnisse nur zur Aufklärung der Anwesenden dienen könnten, fand die Versammlung ihr Ende.

Die Versammlung für das Stralauer Viertel fand in Littins „Gesellschaftshaus Citend“ (Remerstr. 67) statt. Der Referent Genosse V o e s t e wies in der Einleitung seines Vortrages auf die Verstärkung unserer Gegner angeht, die 3 Millionen sozialdemokratischer Stimmen bei der Reichstagswahl 1903 hin. Wir mühten zugeben, daß ein Teil davon sogenannte „Willauser“ seien. Aber gerade darum sei es unsere Pflicht, durch unaufhörliche Aufklärung auch diese zu bewußten Parteigenossen zu erziehen. Der Referent ging sodann unser Programm durch und gab zu jeder einzelnen Forderung eine populäre Erläuterung. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

Der Versammlungsbefuch hatte unter der großen Hitze des Tages etwas gelitten.

Die Versammlung für das Köpenicker Stadtviertel lagte in der „Dradenburg“ am Schlesischen Tor. Hier referierte Dr. V. B o r c h a r d t. Er legte dar, wie eine Partei mit sozialistischem Ziele notwendigerweise innerhalb der heutigen Gesellschaft vorerst einen Kampf um Demokratisierung aller Staatsrichtungen führen müsse. Dieser Kampf werde bestimmt durch die jeweilige politische Situation. Daneben dürfe aber die rein sozialistische Aufklärung nicht zu kurz kommen. Redner entwickelte dann die Grundzüge der modernen sozialistischen Wissenschaft, deren populäre Darstellung ihm sehr gut gelang. — Der Vortrag, der mit einer Ermunterung zu tüchtiger Mitwirkung jedes einzelnen im Sinne des sozialistischen Ideals und der Sozialdemokratie schloß, fand lebhaften Beifall. — Es folgte eine kurze Diskussion.

Die Versammlung ehrte das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Mitglieder der üblichen Weise.

Die Versammlung im Lokal „Süd-Ost“ in der Waldemarstraße erfreute sich eines ziemlich guten Besuchs. Es waren auch einige Frauen erschienen, die aber auf Anordnung des überwachenden Beamten den Saal verlassen mußten. Der Referent Genosse R o l l verjämte nicht, diesen Vorgang gleich als Illustration zu seinen Ausführungen über Versammlungsfreiheit und über Frauenrechte zu benutzen. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem zweistündigen Vortrage über das alte und doch immer wieder zeitgemäße Thema. Der Redner schloß mit einem Appell an die Genossen, jederzeit dafür einzutreten, daß das, was wir erstreben, auch verwirklicht werde. Jeder müsse sich genau über unsere Forderungen unterrichten, damit er ein guter Agitator werde, um unseren größten Feind, den Unverstand der Massen, recht bald tödlich zu treffen.

Eine Diskussion fand nicht statt und der Vorsitzende schloß die Versammlung, nachdem er die Genossen noch energisch zum A u s t r i t t aus der Landeskirche aufgefordert hatte.

Im sechsten Wahlkreise

waren zu Dienstag für die einzelnen Abteilungen des Kreises elf Versammlungen für die Mitglieder des Wahlvereins einberufen, in denen zunächst die Aufstellung der Kandidaten für die Verbands-Generalversammlung vorgenommen wurde. Mitglieder unserer Stadtverordnetenfraktion berückten dann in den einzelnen Versammlungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion, die sich auf Grund unseres Gemeindeprogramms vollzieht. Dieser Tätigkeitsbericht war nicht uninteressant und konnte nach Lage der Sache auch nicht anders sein als eine ständige Kritik des Schuldkontos der freisinnigen Mehrheit im Rotes Hause. Daß die Sozialdemokratie heute in der Stadtverordneten-Versammlung für Forderungen, die in keiner Weise spezifisch sozialistisch sind und früher vom B ü r g e r t u m vertreten wurden, eintreten und für dieselben noch erhebliche Kämpfe führen muß, das beweist, wie tief das freisinnige Bürgertum heute schon gesunken ist. In allen Versammlungen zeigte sich ein lebhaftes Interesse für die kommunalpolitischen Angelegenheiten, das auch in der Diskussion seinen Ausdruck fand. Verschiedentlich wurde der Wunsch ausgesprochen, doch öfter derartige Themen zu behandeln, um das Interesse an den kommunalen Verhältnissen noch mehr zu wecken.

Mit der Ausbreitung der Lithographen und Steinbrüder beschäftigte sich am Mittwoch eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung, an der sowohl die Ausgesperrten als auch die Arbeitenden teilnahmen. Barthel, der den Situationsbericht erstattete, bezeichnete die Lage als durchaus günstig. Die Kampfkraft der Ausgesperrten sei ungebunden. Die Unternehmung dagegen befand sich in einer sehr unangünstigen Lage. Sie lassen es sich sehr viel Geld und Mühe kosten, um durch Zeitungsinserate die Ausgesperrten zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, sogar die Frauen der Betroffenen hat man veranlassen wollen, ihre Männer im Sinne der Unternehmung zu beeinflussen, aber dergleichen. Alle Ausgesperrten und alle, die sich mit ihnen solidarisch erklärt haben, nehmen die Arbeit nicht anders auf als geschlossen. Entweder man stellt sie alle wieder ein oder sie bleiben alle draußen und warten ab, bis der Kampf sich zu ihren Gunsten entschieden hat, was nach Lage der Sache mit Sicherheit zu erwarten ist.

Nach dem Referenten erhielt M ü l l e r e r aus Wien das Wort. Unter lebhaftem Beifall führte er aus, daß er hierher gelangt sei, um den deutschen Kollegen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe die Sympathie der österreichischen Kollegen persönlich zu übermitteln. In großen Versammlungen hat die österreichische Kollegenenschaft beschlossen, alle Mittel, über welche sie selbst verfügt, den kämpfenden deutschen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Ihr Sieg, sagte der Redner, ist auch unser Sieg, und Ihre Niederlage würde auch für uns eine Niederlage sein, darum wünschen wir Ihnen den besten Erfolg, und wir werden alles tun, um Ihnen zum Siege zu verhelfen. Weiter führte der Redner aus, daß die österreichischen Kollegen mit den Zeitungsetzern in Verbindung getreten sind und diese beauftragt haben, den Satz solcher Inserate zu verweigern, in denen Streikbrecher für die aussperrenden Firmen in Deutschland gesucht werden. Ebenso haben es die Wiener Kollegen vermocht, einen dort aus Leipzig eingetroffenen Streikbrecheragenten hinter das Licht zu führen, daß er unverrichteter Sache wieder abziehen mußte. Der Redner schloß unter

fröhlichem Beifall mit einem Hoch auf die internationale Arbeiter-solidarität.

Der nächste Redner, M ü l l e r, teilte mit, daß auch aus anderen Ländern erfreuliche Sympathieausgedungen vorliegen. Aus der Schweiz ist ein größerer Geldbetrag eingetroffen und die dortigen Kollegen erheben zur Unterstützung der in Deutschland Ausgesperrten regelmäßige Extrabeiträge. Aus Schweden und Norwegen sind ebenfalls Gelder eingetroffen. Auf Wunsch der holländischen Kollegen ist der Verbandsvorsitzende Sillier nach Holland gereist, um ihnen die Lage der Aussperrung zu schildern. Zu demselben Zweck wird Sillier auch nach England gehen, ebenfalls auf Wunsch der dortigen Kollegen, deren Unterstützung der Ausgesperrten sicher ist. — In Hannover, Bremen, Braunschweig und anderen deutschen Städten, wo die Kollegen im Kampfe stehen, ist die Stimmung und die Situation ebenso günstig wie in Berlin. Alles bürgt dafür, daß die Absichten der Unternehmer zunichte werden.

Ein in der Versammlung eingetroffenes Sympathiegramm der ungarischen Kollegen wurde mit Beifall aufgenommen.

Der Vorsitzende H a h schloß die Versammlung, indem er ausführte: Die Hoffnung der Unternehmer, daß dieser Kampf, so wie der vor zehn Jahren, wegen Mangel an Unterstützungsgeldern berloren gehen werde, wird nicht eintreffen. Für Geldmittel ist hinreichend gesorgt. Nur die persönliche Schwäche der Kämpfer könnte eine Niederlage zur Folge haben. Wenn die Kollegen im Kampfe aushalten, und das werden sie, dann ist ihnen der Sieg sicher. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Tariffbewegung der Kontobuchhalter und Arbeiterinnen.

Der im Jahre 1900 abgeschlossene und dann nach Verlauf von drei Jahren mit einigen Verbesserungen erneuerte Tarifvertrag für die Kontobuchhalter in Berlin läuft nun unter der Voraussetzung, daß er drei Monate vorher gekündigt wird, am 30. September ab.

Am Mittwoch beschäftigte sich eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Kontobuchhalter und Arbeiterinnen in Feuersteins Festsaal mit der Frage, ob man den Tarif kündigen und neue Vorschläge einreichen solle. Nach einem Referat des Branchenvertrauensmannes K e e s e und nach kurzer Diskussion wurde beides einstimmig beschlossen. Allgemein war man der Meinung, daß die vor drei Jahren schon reichlich knapp bemessenen Löhne bei der anhaltenden Verteuerung des Lebensunterhalts lange nicht mehr zureichend sind. — Sodann wurde über den von der Tarifkommission ausgearbeiteten Entwurf zum Lohn- und Gehaltentwurf zu einem Akkordtarif beraten. Meinungsverschiedenheiten zeigten sich hierbei hauptsächlich über die vorgeschlagenen Minimallöhne, die mehreren Rednern zu niedrig erschienen. Der Entwurf wurde jedoch schließlich in diesem Teil wie in allen anderen Teilen von der Versammlung gutgeheißen. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden; Sonnabends 8 Stunden, im übrigen wie bisher 9 Stunden täglich; Erhöhung des Minimallohnes für Arbeiter im ersten Jahr nach der Lehrzeit von 41 auf 46 Pf., für die folgenden Jahre von 46 auf 51 Pf.; Erhöhung des Minimallohnes für Presser, Vergolder, Manufakturier, Schneider und Umierer von 48 auf 54 Pf.; Erhöhung des Minimallohnes für geübte Arbeiterinnen von 28 auf 31 Pf., des Minimallohnes für die Spezialarbeiterinnen von 37 auf 40 Pf. Dementprechende Erhöhungen werden auch in der Lohnskalen für die ungebildeten Arbeiterinnen im ersten Jahre ihrer Tätigkeit verlangt. Ferner sollen die Zuschläge für Ueberarbeit den Löhnen entsprechend erhöht werden.

Für die Durchführung eines Akkordtarifes waren die Kontobuchhalter bis jetzt nicht zu haben. Die Tarifkommission der Arbeiternehmer hat jedoch unter Mithilfe einer großen Anzahl in den verschiedensten Arbeiten ihres Berufes erfahrener Kollegen und Kollegeninnen einen Tarifentwurf ausgearbeitet, und außerdem hat sich die Weisknoten abgehalten, aus 12 Städten der Kontobuchindustrie beabsichtigt Konföderation der Kontobuchbranche ebenfalls mit dieser Frage befaßt. Der Entwurf selbst konnte seines großen Umfanges wegen in der öffentlichen Versammlung nicht zur Debatte gestellt werden. Durch die Annahme des Vorwurdes zum Akkordtarif, das die grundlegenden Bestimmungen enthält, erklärte sich die Versammlung mit der Aufstellung des Tarifes selbst einverstanden.

Von den übrigen Forderungen sind noch hervorzuheben: eine Verbesserung der Bestimmungen über das Tarifschiedsgericht, daß dieses nicht von den Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst, sondern auch von ihren Organisationen angerufen werden kann; ferner die Freigabe des 1. Mai und dann eine Lohnerhöhung von 10 Proz. für die Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch den neuen Lohn- und Gehaltentwurf keine Zulage erhalten. Die im alten Tarif festgelegte Bezahlung der Feiertage soll selbstverständlich bestehen bleiben.

Zum Streik im Muschelkalkengebiet nahm eine am 15. Juni stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Zentralverbandes der Steinbrüder Stellung. Der erste Vorsitzende führte ungefähr folgendes aus: An dem jetzigen Frontangriff auf der ganzen Linie des Muschelkalkengebietes sind circa 600 Steinbrüder beteiligt. Das Prinzip des diesjährigen Streiks sei, das wilde Akkordsystem zu beseitigen, Tarifverträge abzuschließen und so stabile Arbeitsverhältnisse zu schaffen, da zurzeit in Berlin mehrere Bauten aus genanntem Material aufgeführt werden, auch einige größere Firmen in Bayern eigene Steinbrüche besitzen, in denen die Arbeiter fertiggestellt werden, so haben die Berliner Steinbrüder das größte Interesse daran, ihren im Kampfe stehenden Arbeitsbrüdern zum Siege zu verhelfen. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute versammelten Steinbrüder sprechen ihren in Bayern kämpfenden Brüdern ihre Sympathie aus und verpflichten sich, dieselben nach jeder Richtung tatkräftig unterstützen zu wollen. Insbesondere verpflichten sich die Anwesenden, jede Streikarbeit sowie auch das Versehen von halbfertiger Arbeit bis zur Erledigung der Differenzen zu unterlassen.

Sodann gab der Vorsitzende bekannt, daß bereits mehrere Kollegen der Firmen Schilling und Kollmeier ausgeperrt worden sind, weil sie sich weigerten Streikarbeit anzunehmen. Von einer Sperrung wird vorläufig Abstand genommen. Den aus Anlaß dieses Streiks ausgeperrten Kollegen wird pro Tag 1 Mark Ortszulage gewährt. Kritisch beleuchtet wurde ein von dem Geschäftsführer der Firma Rigall verfuhrer Tarifbruch, der damit des einmütigen Vorgehens der Kollegen verhindert wurde. Zum Schluß fordert der erste Kassierer auf, die Beiträge zum 1. Juli zu begleichen, um mit dem alten Material abrechnen zu können.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alth Braun, Verlag Berlin W. 15, Preis für das Einzelsch 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., ist loben das 25. Heft erschienen.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Besten Fleischers, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8304.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaisstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz) | (im Schlesischen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Vom Mai bis August inkl. bis 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geöffnet.

Großer Schellfisch Pl. pr. Pfd. **23**
im Anschnitt 30 Pl., mit Kopf.
Cabliau ohne Kopf. **27**
im Anschnitt 30 Pl.
Seelachs mit Kopf. **20**
im Anschnitt 25 Pl.
Goldbarsch (Ersatz für Zander) **17**
Bratschellfische } **25** Pl.
Bratflundern }
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Partei-Angelegenheiten.

Stierter Wahlkreis. Das diesjährige Sommerfest des Kreises findet am Sonntag, den 24. Juni, in A. Scheruchs Gasthause...

Fünfter Wahlkreis. Die Parteigenossen der 4. Abteilung veranstalten am Sonntag einen Familienausflug nach Friedrichsfelde...

Johannisthal. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, seine Versammlung im Lokale von Frau, Parkstraße, ab.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Eine volle Tribüne mitten im Sommer — das hat man im roten Hause selten erlebt. Gestern hatten Hunderte von städtischen Beamten die Tribüne bis auf den letzten Platz besetzt...

Eine lange und lebhaft entwickelte sich aus einigen Bemerkungen, die der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion dem Bauentwurf für die städtische Abdeckerei widmete.

Gegen die Arbeiterfürsorge des Fiskus, wie sie im Betriebe des Rüdersdorfer Bergwerkes beabsichtigt wird, wandten sich unsere Genossen Tokisdorf und Hinge.

Die Bevölkerungszahl Berlins zeigt gegenwärtig wieder eine Abnahme. Der Juni gehört zu denjenigen Monaten, in denen die Fortschrittung der Bevölkerungszahl einen Rückgang, mindestens aber eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums zu ergeben pflegt.

„Die Kirche als Bollwerk des Staates.“ Ueber die diesjährigen Verhandlungen der Berliner Kreisynode hatten wir in Nr. 138 eine abschließende Betrachtung geäußert, die sich noch einmal mit den dort geführten Debatten über die Zunahme der Austritte aus der evangelischen Landeskirche beschäftigte.

Ein Mitglied der Kreisynode Berlin III, der liberale Pastor Herr Franke von der Pioniergemeinde, fühlte sich nun dadurch bedrückt, daß wir in diesem Punkt keinen Unterschied zwischen den kirchlich Orthodoxen und den kirchlich Liberalen zu entdecken vermochte.

drehte sich um die Stellungnahme zu jener keineswegs von der Gesamtheit geteilten Auffassung.

Der Herr Pastor hätte gut daran getan, unsere Betrachtung noch einmal und mit etwas mehr Ueberlegung zu lesen, ehe er sich hinsetzte und uns seinen Brief schrieb.

Ein Wort schließlich noch über die oben zitierte Einleitung des Französischen Briefes. Pastor Franke würde, wenn die Redaktion des „Vorwärts“ ihm einen Brief mit solcher Einleitung schicken wollte, das wahrscheinlich für eine Ungezogenheit erklären.

Junger langsam voran! Allen Gemeindefullkundern sollte man alle Lehrmittel, die in der Schule gebraucht werden, ohne weiteres unentgeltlich liefern.

Auf der Flucht aus der Fürsorgeerziehung abgestürzt und schwer verunglückt ist in der gestrigen Nacht der 17jährige Fürsorgezögling Hermann Schulte. Er war seit einiger Zeit in der städtischen Fürsorgeanstalt in Moabit untergebracht, doch sehte er sich vom ersten Tage an wieder in die goldene Freiheit zurück.

Was die Polizei alles wissen will. Mancher Versammlungsbesucher mag sich schon gewundert haben, weshalb eigentlich in jeder Arbeiterversammlung, selbst wenn Gegenstände auf der Tagesordnung stehen, die für die Öffentlichkeit nicht das geringste Interesse haben, zwei Polizeibeamte, ein Leutnant und ein Schutzmann, erscheinen, um die Versammlung zu „überwachen“.

Man mag sich mit Recht fragen, weshalb denn eigentlich die Polizei ein so lebhaftes Interesse an den Personalien der Versammlungsleiter und Redner hat. Nach mehr oder weniger wundern, wenn man erlebt, daß ein Polizeibeamter sein Verlangen nach Personalien auch auf solche Leute ausdehnt, die die Versammlung nicht leiten, die nicht reden, ja, die nicht einmal in der Versammlung anwesend sind, deren Name aber von einem Redner genannt wird.

Die aufgefundenen Menschenhand. Der mysteriöse Fund einer Menschenhand auf der Dahlemer Chaussee im Grunewald bei Wude I hat noch immer keine Klärung gefunden.

nicht leiten, die nicht reden, ja, die nicht einmal in der Versammlung anwesend sind, deren Name aber von einem Redner genannt wird.

In der Versammlung der Lithographen und Steindrucker, die am Mittwoch in Kellers Saal tagte, machte der Referent die Mitteilung, daß jemand, der eben erst Krankenunterstützung und dann Arbeitslosenunterstützung vom Senefelder Bund erhalten hat, obwohl er, wenn es streng nach dem Statut gegangen wäre, gar keinen Anspruch auf die Unterstützung hatte, jetzt seinen Austritt aus dem Bunde erklärte, um bei einer der ausstreichenden Firmen als Arbeitswilliger in Arbeit treten zu können.

Die Mitteilung dieser noblen Handlungsweise erregte natürlich den lebhaftesten Unwillen der Versammelten. Man wollte den Roman des Vorfalles wissen. Der Redner nannte ihn und die Versammlung war zufrieden. Aber der Polizeileutnant, welcher die Versammlung „überwachte“, war noch nicht zufrieden.

Das war zweifellos ein unberechtigtes Vorgehen des Beamten. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, auf die er sein Verlangen stützen kann; denn daß man die Adresse von Personen angeben muß, über die in einer Versammlung gesprochen wird, davon steht nichts im Vereinsgesetz.

Keine zweite Fleischreinigung in Berlin. Der seit 1897 schwebende Rechtsstreit der Freien Vereinigung selbständiger Fleischermeister zu Berlin wider den Polizeipräsidenten ist jetzt endgültig zugunsten der Freien Vereinigung entschieden worden, nachdem die Sache mehrfach bis zur letzten Instanz gediehen und immer wieder an den Bezirksauschuss zurückverwiesen worden war.

Die großen Verunreinigungen, welche im letzten Jahre beim Verkauf von altem Eisenbahnmateriale vorgekommen sind, haben dem Minister der öffentlichen Arbeiten Veranlassung gegeben, die Vorschriften, betreffend die Ueberwachung der Altmaterialien wesentlich zu verschärfen.

Der Geld hat und nicht wie die Mehrzahl der Bevölkerung von der Hand in den Mund leben muß, kann sich nach den verschiedensten Richtungen erhebliche Vorteile verschaffen; beispielsweise hat er die Möglichkeit, das zum Lebensunterhalt Benötigte weit billiger einzulösen zu können, als derjenige, der seine Bedürfnisse nur in ganz kleinen Mengen decken kann.

Die aufgefundenen Menschenhand. Der mysteriöse Fund einer Menschenhand auf der Dahlemer Chaussee im Grunewald bei Wude I hat noch immer keine Klärung gefunden. Wenn auch nicht damit gerechnet wird, daß in der nächsten Umgebung des Fundortes ein Verbrechen verübt worden ist, so wird doch angenommen, daß ein solches in der weiteren Umgebung stattgefunden hat und daß der Fund der Menschenhand damit in Verbindung zu bringen ist.

Ein Stadtbauknecht wurde vorgestern abend in einem Vorortzuge Berlin-Ornau auf frischer Tat festgenommen. Ein 30-jähriger Mann sich in ein Wagenabteil begab, in welchem bereits ein Fahrgast saß und schlief. Der Beamte behielt das fragliche Coupé im Auge und begab sich, nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte, in ein Nachbarabteil.

